

# Wahlprüfsteine der Promovierenden zur Bundestagswahl 2021

EINE GEMEINSAME BEFRAGUNG DER IM BUNDESTAG  
VERTRETENEN PARTEIEN DURCH PROMOVIERENDEN-  
NETZWERKE IN DEUTSCHLAND



06.September 2021

## Inhalt

Gemeinsame Initiative der Promovierenden-Netzwerke in Deutschland .....	1
Über die Wahlprüfsteine.....	2
Überblick über die Positionen der Parteien .....	4
Unser Gesamteindruck der Antworten .....	10
Wissenschaft in Gesellschaft und Politik.....	10
Rahmenbedingungen in der Promotion.....	10
Promotion und Karriere in der Wissenschaft.....	10
Diversität und Gesundheit.....	11
Wissenschaftlicher Austausch.....	12
Anhang – Die Antworten der Parteien im Wortlaut .....	13
Fragenblock 1: Wissenschaft in Gesellschaft und Politik .....	13
Fragenblock 2: Rahmenbedingungen der Promotion .....	16
Fragenblock 3: Promotion und Karriere in der Wissenschaft .....	20
Fragenblock 4: Diversität und Gesundheit.....	24
Fragenblock 5: Wissenschaftlicher Austausch .....	33

## *Gemeinsame Initiative der Promovierenden-Netzwerke in Deutschland*

N<sup>2</sup> - Netzwerk der Promovierendenvertretungen

Helmholtz Juniors  
Max Planck PhDnet  
Leibniz PhD Network  
IPP Mainz

TUM Graduate Council der TU München

Promovierendenkonvent der FAU Erlangen

RdP TU Braunschweig

Forum der Doktorandenvertretungen Baden-Württemberg

THESIS e.V.

Interdisziplinäres Netzwerk für  
Promovierende und Promovierte

DR.FSU

Rat der Doktorandinnen und Doktoranden  
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

ProRat Leipzig

Promovierendenrat der Universität Leipzig

# Befragung zur Bundestagswahl 2021

## Über die Wahlprüfsteine

Derzeit finden die Vorbereitungen für die Bundestagswahlen 2021 statt. Bei diesen Wahlen werden auch im Bereich Wissenschaftspolitik Weichen gestellt, die für Promovierende entscheidend sind. Als Promovierendenvertretungen aus der universitären und nicht-universitären Forschung haben wir uns deswegen zusammengetan und Wahlprüfsteine zur Wissenschaftspolitik erstellt mit Fragen, die für Promovierende relevant sind.

In Deutschland gibt es schätzungsweise [200.000 Promovierende und ca. 300.000 promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler](#) bis 45 Jahren unterhalb der Professur an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Interessen dieser Promovierenden und Promovierten werden auf lokaler, regionaler und Bundesebene u. a. von den hier unterzeichnenden Netzwerken vertreten.

Als Promovierende an Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und in der Wirtschaft sowie Industrie sind wir maßgeblich an der Produktion neuen Wissens beteiligt, ebenso wie an der Verbreitung dieses Wissens durch Lehre und Wissenschaftskommunikation. Damit leisten wir einen großen Beitrag zur Forschung in unserer Gesellschaft.

Grundvoraussetzungen für diese Arbeit sind eine ausreichende Finanzierung sowie gute Betreuungs- und Arbeitsbedingungen während unserer wissenschaftlichen Qualifizierungsphase als Promovierende und in den darauffolgenden Karrierestufen. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den ersten Berufsphasen ist uns eine Zukunft mit berechenbaren Karrierewegen, fairen und transparenten Aufstiegsmechanismen und Möglichkeiten zur Vereinbarung von Beruf und Familie ein zentrales Anliegen. Außerdem erachten wir die Steigerung der Diversität in der Wissenschaft und die Wahrung der mentalen Gesundheit während der wissenschaftlichen Tätigkeit als wichtige aktuelle Themen.

Anlässlich der Bundestagswahl 2021 haben wir den derzeit im Bundestag vertretenen Parteien – CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen – Fragebögen mit unseren Wahlprüfsteinen geschickt. Die Fragen orientieren sich an den folgenden Themengruppen:

- I. Wissenschaft in Gesellschaft und Politik
- II. Rahmenbedingungen der Promotion
- III. Promotion und Karriere in der Wissenschaft
- IV. Diversität und Gesundheit
- V. Wissenschaftlicher Austausch

Unsere Zielsetzung ist es, mit den Antworten den Mitgliedern unserer Netzwerke, allen anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie der Öffentlichkeit eine Entscheidungshilfe für die bevorstehende Bundestagswahl am 26. September 2021 zu geben.

Unsere Wahlprüfsteine wurden Anfang Juli 2021 an alle im Bundestag vertretenen Parteien versendet. Bis zum Redaktionsschluss unseres Berichtes am 23. August 2021 haben darauf CDU/CSU, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke vollständig geantwortet. Für die SPD liegen nur für die Fragen zu Diversität und Gesundheit Antworten vor. Die AfD hat keine Antworten geschickt. Der Grund für das teilweise Vorliegen der Antworten ist, dass die Promovierendenverbände, die gemeinsam diesen Bericht erstellt haben, ihre Fragen unabhängig voneinander eingereicht haben. Der Bericht ist somit eine Zusammenstellung der

Antworten von vier Anfragen. Im Folgenden sind die Positionen der Parteien in einer tabellarischen Kurzform zusammengefasst. Im Anschluss daran findet sich ein geschriebener Gesamteindruck. Die Antworten sind in voller Länge im Anhang aufgeführt.

## Überblick über die Positionen der Parteien

Der folgende Überblick enthält die Positionen der Parteien in einer verkürzten Form. Die Antworten im Wortlaut finden sich im Anhang.

<b>Wissenschaft in Gesellschaft und Politik</b>	<b>CDU</b>	<b>FDP</b>	<b>Linke</b>	<b>Grüne</b>
<i>Einwirken von Promovierende auf wissenschafts- und hochschulpolitische Entscheidungen</i>	Zuständigkeit liegt bei den Ländern	Mehr Freiheiten für die Universitäten, um selbst zu bestimmen wie Promovierende eingebunden werden sollen	Hochschulen sollen bundesweit demokratisiert werden und alle Statusgruppen sollen stimmberechtigt vertreten sein	Alle Statusgruppen sollten ihre Anliegen einbringen können und Entscheidungen darüber liegen auf Landesebene
<i>Eigene hochschulrechtliche Statusgruppe &amp; flächendeckenden Interessenvertretung der Promovierenden</i>	Zuständigkeit liegt bei den Ländern	Freiwillige Mitgliedschaft in Interessensvertretungen	Etablierung einer Promovierenden-Statusgruppe wird begrüßt und der akademische Mittelbau soll gestärkt werden	Entscheidung liegt auf Landesebene, aber grundsätzliche Unterstützung der Ausweitung von Mitsprache
<i>Steuerung öffentlich finanzierter Forschung</i>	Konkrete Zielsetzungen orientiert an gesellschaftlichen Herausforderungen, aber viel Freiheit in der Wissenschaft	Priorisierung bei Hochschulen, Gründung einer 'Deutschen Transfer Gemeinschaft' (DTG), um Wissenstransfer zu fördern	Wissenschaft sollte dank auskömmlicher Grundfinanzierung interessengeleitet stattfinden können und nicht auf Drittmittel angewiesen sein	Ausreichende Grundfinanzierung als Grundlage und Kritik der Unterscheidung zwischen wissenschaftlichen Bereichen
<i>Promotionsrecht für Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften</i>	Entwicklung neuer Wege, um Promotionen zu ermöglichen	Möglichkeit zur Kooperation mit Universitäten bei Promotionsverfahren	Promotionsrecht wird befürwortet	Faire Zugangschancen bspw. durch kooperative Promotionsformate sollen ermöglicht werden

<b>Rahmenbedingungen der Promotion</b>	<b>CDU</b>	<b>FDP</b>	<b>Linke</b>	<b>Grüne</b>
<i>Verbesserung der spezifischen Finanzierungs- und Beschäftigungsmodelle für Promovierende in Deutschland</i>	Kein Handlungsbedarf	Nutzung der bestehenden Vielfalt der Finanzierungsmöglichkeiten, keine Ausweitung	Ziel durchgängiger 100%-Stellen und Dauerstellen für Daueraufgaben	Anpassung von Vertragsdauern über die Reform des WissZeitVG
<i>Ungleiche Bezahlung von Promovierenden in Abhängigkeit vom Promotionsfach</i>	Schrittweise Anpassung der Gehälter	Einheitliche Bezahlung abhängig von Arbeitsleistung	Anpassung der Gehälter	Verbesserung durch Übereinkommen der Hochschulen
<i>Gleichbezahlung von Promovierenden mit Stipendium und Arbeitsvertrag</i>	Kein Handlungsbedarf	Anpassung der Krankenversicherungssituation an Studierende	Reduzierung der Nutzung von Stipendien durch mehr Stellen über höhere Grundfinanzierung	Kein Handlungsbedarf
<i>Angemessene Laufzeiten für Stipendien bzw. Arbeitsverträge</i>	Kein Handlungsbedarf	Anpassung der Vertragsdauer an Projektdauer	Mindestlaufzeiten und Ausbau von Vollstellen durch höhere Grundfinanzierung	Anpassung der Vertragsdauer an Aufgabenvolumen und ggf. Familien-/ Pflegesituation

<b>Promotion und Karriere in der Wissenschaft</b>	<b>CDU</b>	<b>FDP</b>	<b>Linke</b>	<b>Grüne</b>
<i>Stellenausbau und Planbarkeit einer wissenschaftlichen Karriere</i>	Förderung von 1000 neuen Stellen als Tenure-Track-Professur vom Bund und zusätzliche 1000 Stellen von den Ländern	Ausbau von Tenure-Track-Professuren und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie	Anhebung der Zahl unbefristeter Stellen unterhalb der Professur und Abschaffung des Sonderbefristungsrechts nach WissZeitVG	Substanzielle Erhöhung des Anteils unbefristeter Stellen und Ausbau des Tenure-Track-Programms
<i>Verhältnis Befristungen und Daueraufgaben</i>	Befristungen für Qualifizierungsphase angemessen	Grundsätzliche Koppelung von Daueraufgaben an Dauerstellen. Nicht die Existenz befristeter Arbeitsverträge ist das Problem, sondern deren oftmals kurze Dauer.	Koppelung von Daueraufgaben an Dauerstellen	Koppelung von Daueraufgaben an Dauerstellen
<i>Corona-bedingte Vertragsverlängerungen</i>	Beibehaltung der zweimaligen Verlängerung der Befristung laut WissZeitVG um jeweils 6 Monate	Nutzung der vorhandenen finanziellen Polster der Hochschulen und ggf. Anpassung im nächsten Haushalt	Möglichkeit der zusätzlichen Finanzierung pandemiebedingter Vertragsverlängerungen an Hochschulen durch Bundeshaushalt	Schaffung von rechtlichem Spielraum für weitere pandemiebedingte Vertragsverlängerungen
<i>Neue wissenschaftliche Berufsbilder (neben z.B. Professor*innen und Akademischen Rät*innen)</i>	Keine Pläne, weitere Berufsbilder zu schaffen	Keine Pläne, weitere Berufsbilder zu schaffen	Beitrag zu Stellenprofilen an den Hochschulen durch Ausbau des Mittelbaus	Schaffung alternativer Berufswege neben der Professur und zusätzlicher unbefristeter Stellen in der Lehre

<b>Diversität und Gesundheit</b>	<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>Linke</b>	<b>Grüne</b>
<i>Frauenförderung in der Wissenschaft</i>	Fortsetzung des Professorinnenprogramms; Förderung Vereinbarkeit Karriere und Familie	Stärkung des Professorinnenprogramms; Reduzierung von Befristungen und Angebot Tenure-Track nach einem Jahr PostDoc mit quotierter Vergabe; individualisierte Förderung durch Departmentstrukturen	Förderung der Vereinbarkeit von Karriere und Familie; Verbesserung von Kinderbetreuung an Hochschulen; Ermöglichung & Normalisierung geteilter Führungspositionen; zusätzliche Datenerhebung zur Situation	Ausbau des Professorinnenprogramms; 50 %-Frauenquote auf allen Karrierestufen; Reduzierung von Befristungen, Ermöglichung geteilter Führungspositionen; Kulturwandel zu weiblicher Führung; Nutzung intelligenter Datenbanken zur Überwindung der Zitationslücke	Ausbau des Professorinnenprogramms; 40 %-Frauenquote auf allen Karrierestufen; zusätzliche Datenerhebung zur Situation
<i>Förderung von Diversität jenseits des Geschlechts</i>	Herausstellung von Vorbildern, längere Vertragslaufzeiten für Menschen mit Behinderung	Bessere Begleitung durch Graduiertenschulen; Ausweitung von BAföG	Stärkere Ansprache von Bildungsaufsteigern seitens Stipendienwerke & Sensibilisierung von Auswahlkomitees	Quote für Menschen mit Migrationshintergrund; verbindliche Definition von Rassismus; Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt; grundsätzlich intersektionale Herangehensweise	BAföG zu Studierendengrundsicherung umbauen; Entwicklung von Förderformaten für Diversität; Einführung von Ansprechpartner für Antidiskriminierung, Diversität und LSBTI
<i>Förderung von Promovierenden ohne akademischen Hintergrund</i>	Nutzung von Mentoringprogrammen & Alumni-Netzwerken; Ansatz bei (früh-)kindlicher Bildung	Bessere Begleitung durch Graduiertenschulen, Nutzung von Mentoringprogrammen, Abbau sozialer Selektivität	Nutzung von Mentoringprogrammen & Beratungsangeboten	Nutzung des Promotionsrechts an FH/HAW; Abbau Unsicherheiten in Karriereplanung in der Wissenschaft	BAföG zu Studierendengrundsicherung umbauen, gezielte Förderung an Hochschulen



<p><i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf &amp; krankheitsbedingte Einschränkungen</i></p>	<p>Einführung von Familienzeitkonten, Nutzung mobiler Arbeitsplätze, Ausbau von Kinderbetreuung an Hochschulen</p>	<p>Verlängerung der Vertragsdauer bei Care-Arbeit oder längerer Krankheit, Ausbau von Kinderbetreuung an Hochschulen</p>	<p>Zeithoheit für Eltern bei Lehrverpflichtungen, Ausbau von Kinderbetreuung an Hochschulen, Koppelung Vertragsdauer an Projektdauer, Reform WissZeitVG, Zulassung von Prüfungshilfen für Menschen mit Behinderung</p>	<p>Abschaffung Sonderbefristungsrecht im WissZeitVG, Flexibilität bei Care-Arbeit, Ausbau Infrastruktur für Menschen mit Behinderung, Ermöglichung geteilter Führungspositionen, Ausbau von Kinderbetreuung an Hochschulen</p>	<p>Einschränkung des Sonderbefristungsrechts im WissZeitVG, Flexibilität bei Care-Arbeit, mehr Spielraum für internationale „Dual-Career-Paare“</p>
<p><i>Handlungsbedarf im Bereich „Mental Health“ im Wissenschaftsbetrieb</i></p>	<p>Ausbau der Beratungsangebote, zusätzliche Forschung</p>	<p>Ausbau der Beratungsangebote, Ausbau verlässlicherer Karrierewege, methodischer Austausch an Graduiertenschulen</p>	<p>Ausbau der Beratungsangebote, Ausbau verlässlicherer Karrierewege</p>	<p>Ausbau der Beratungsangebote, Abbau von Machtstrukturen durch Departmentstrukturen</p>	<p>Ausbau der Beratungsangebote, Ausbau verlässlicherer Karrierewege</p>
<p><i>Inklusion in der Wissenschaft</i></p>	<p>Einführung eines Nachteilsausgleichs bei Stipendienbewerbungen</p>	<p>Bessere Begleitung durch Graduiertenschulen</p>	<p>Ausbau Infrastruktur für Menschen mit Behinderung, Forschungseinrichtungen als Vorbild bei Beschäftigung</p>	<p>Ausbau Infrastruktur für Menschen mit Behinderung mit Bundesmitteln; Einführung Behinderungsbeauftragte mit Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten, Sensibilisierung an Hochschulen</p>	<p>Ausbau Infrastruktur für Menschen mit Behinderung, Aufhebung Eingliederungshilfen bei Studierenden und Promovierenden</p>

<b>Wissenschaftlicher Austausch</b>	<b>CDU</b>	<b>FDP</b>	<b>Linke</b>	<b>Grüne</b>
<i>Haltung zu Open Access und Verwertungsrechten</i>	Ziel, Open Access schrittweise mit Hilfe von Leitlinien zum Standard des wissenschaftlichen Publizierens zu machen	Open Access für staatlich finanzierte Forschung unter Datenschutz & -sicherheit; Lizenzsystem bei kommerzieller Nutzung denkbar	Forderung einer Open Access-Förderstrategie; Einsatz für modernes Urheberrecht; langfristige Transformation des Publikationssystems	Open Access als Standard; Modernisierung des Urheberrechts
<i>Stärkung Wissenschaftskommunikation</i>	Stärkung der Wissenschaftskommunikation über Weiterbildungsangebote; Förderung der Bürgerforschung	zeitliche & finanzielle Förderung der Wissenschaftskommunikation bei Drittmittelvergabe; Ausbau Forschung über Wissenschaftskommunikation	Etablierung von Wissenschaftskommunikation als eigene Leistung neben Forschung und Lehre; Förderung der Bürgerforschung	Stärkung der Wissenschaftskommunikation über Weiterbildungsangebote; Förderung der Bürgerforschung
<i>Einfluss wissenschaftliche Erkenntnisse auf politische Entscheidungen haben</i>	Verstärktes Einbringen wissenschaftlichen, evidenzbasierten Sachverständs in die Politik unter Rücksichtnahme auf Grautöne im öffentlichen Diskurs	Wissenschaftliche Erkenntnisse als Grundlage demokratischer Aufklärung, jedoch Ablehnung Technokratie; Ausstrahlung von Expert*innen-Anhörungen sowie "Joint Fact Finding"	Wissenschaft zur Beratung und Faktengrundlage in der Politik unter Entscheidungsvorbehalt der Politik	Notwendigkeit institutionalisierter Einbeziehung der Wissenschaft in politische Prozesse und frühzeitiges Einbeziehen wissenschaftlicher Expertise
<i>Weiterentwicklung des europäischen Forschungsraums und des europäischen Hochschulraums</i>	Unterstützung Grundlagenforschung im Rahmen des Programms "Horizont Europa" zur europaweiten Vernetzung; Verdopplung der Mittel für Erasmus+	Verstärkte Vernetzung innerhalb der EU; Gründung einer European Digital University; digitaler Austausch über das Programm "Horizont Europa"	Stärkere Verzahnung und stärkere zivilgesellschaftliche Beteiligung im EU-Forschungsrahmenprogramm; Konzentration auf gesellschaftliche Probleme & Innovationen	Verstärkte Vernetzung innerhalb der EU; Aufstockung von Erasmus+; weiter lebendiger Austausch mit dem UK
<i>Weltweite Kollaborationen im Bereich der Forschung und Hochschulbildung</i>	Stärkung von Wissenschaftsfreiheit in internationaler Zusammenarbeit; verstärkte Vernetzung mit afrikanischen Staaten	Einführung Grundlagenforschungsinitiative sowie Forschungsförderung in Bereichen Arzneimittel, Medizintechnik und Digitalisierung	Weltweite Zusammenarbeit für gemeinwohlorientierte Forschung	Stärkung Austauschpartnerschaften; Nutzung "Brain Circulation" bei der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen

## Unser Gesamteindruck der Antworten

Auf einigen Feldern lassen sich große Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien beobachten, und zwar bei der Haltung zur Rolle der Wissenschaft in der politischen Debatte, beim Promotionswesen an den Fachhochschulen (FH) und den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW), bei der grundsätzlichen Bedeutung von Open Access in der Zukunft und der Begrüßung weiterer europäischer Zusammenarbeit in der Forschung. Bei den Methoden zur Erreichung der drei letztgenannten Ziele unterscheiden sie sich allerdings. Starke Unterschiede finden sich bei den Parteien vor allem zu den zu priorisierenden Forschungsschwerpunkten der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Promovierenden und Forschenden, der Frauenförderung und den Wegen zur Verbesserung von Wissenschaftskommunikation.

### Wissenschaft in Gesellschaft und Politik

Im ersten Frageblock „Wissenschaft in Gesellschaft und Politik“ fällt auf, dass alle Parteien dafür sind, Fachhochschulen (FH) und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) einen Weg zu eröffnen, Promotionen zu vergeben, wenn auch auf unterschiedliche Arten. Während die CDU/CSU auf die Länder als Verantwortliche verweist, schlagen FDP und Bündnis90/Die Grünen Kooperationen mit Universitäten vor. Die Linke spricht sich für ein eigenständiges Promotionsrecht aus. In Bezug auf die Verfassung der Promovierenden als eigene Statusgruppe sprechen sich Bündnis90/Die Grünen und Die Linke dafür aus. Die Linke wünscht über dies eine weitere Demokratisierung der Universitätsgremien, während CDU/CSU und FDP keine eindeutige Aussage dazu machen.

Größere Unterschiede gibt es bei der Frage nach der Forschungssteuerung: Die CDU/CSU verweist per se darauf, wichtige Zukunftsfelder frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu fördern, ohne konkrete Felder anzusprechen. Die FDP spricht sich besonders für praxisnahe, verwertbare Forschung als förderwürdig aus und will dafür eine Deutsche Transfergemeinschaft einrichten. Die Linke und Bündnis90/Die Grünen befürworten dagegen die verstärkte Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie der Grundlagenforschung, bei Bündnis90/Die Grünen ergänzt um Klimaforschung.

### Rahmenbedingungen in der Promotion

Zu den „Rahmenbedingungen der Promotion“ zeichnet sich ein polarisiertes Bild ab. Die CDU/CSU betont im Vergütungssystem der Promovierenden die Eigenverantwortung der Promovierenden, sich vorab mit den Herausforderungen der Anstellungsverhältnisse und Stipendien zu beschäftigen, und sieht explizit keinen Handlungsbedarf. Die Unionsparteien wollen lediglich eine Entwicklung unterstützen, die Vertragsdauer und die realistische Dauer von Promotionsprojekten anzupassen. Die anderen Parteien teilen diesen Aspekt, treten aber klar für eine direkte und allgemeine Anpassung ein. FDP, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke sehen zudem die Anstellungssituation kritischer: FDP und Grüne sehen bei Stipendiaten das Problem der Sozialversicherungen und wollen diesen Nachteil ausgleichen. Die FDP will zudem die Zuverdienstgrenzen anheben und für mehr Kombinationsmöglichkeiten aus Vertrag und Stipendium sorgen, während die Grünen sowie Die Linke für eine Anpassung der Bezahlung zwischen den Fachgruppen eintreten und mehr Vollzeitstellen fördern wollen. Die Grünen wollen zudem Befristungsgründe einschränken und Die Linke insgesamt die Nutzung von Stipendien reduzieren.

### Promotion und Karriere in der Wissenschaft

Auch im dritten Frageblock „Promotion und Karriere in der Wissenschaft“ stehen sich die CDU/CSU einerseits und FDP, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke andererseits recht klar gegenüber. Bezüglich weiterer Vertragsverlängerungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie zeigen sich Letztere offen, die Situation weiter zu beobachten und

gegebenenfalls nachzusteuern, während CDU/CSU die bestehenden Regeln für ausreichend halten, bei denen Verträge, die bis März 2021 geschlossen wurden, Verlängerungsoptionen erhalten.

Mit Bezug auf den Ausbau des akademischen Mittelbaus verweist die Union auf 1.000 bereits geschaffene Tenure-Track-Positionen und die Bemühungen der Länder, stellt aber keinen weiteren Ausbau in Aussicht. Die anderen Parteien sprechen sich für einen Ausbau der Tenure-Track-Positionen aus und die Kopplung von Daueraufgaben an Dauerstellen. Bündnis90/Die Grünen fordern zudem den Ausbau von Karrierewegen neben der Professur, wofür Die Linke die Hochschulen in der Verantwortung sieht und wofür die Unionsparteien und die FDP keinen expliziten Bedarf sehen. Die FDP sieht allerdings Verbesserungsbedarf beim Wiedereinstieg in die Wissenschaft aus der Wirtschaft heraus sowie bei der Selbstbestimmung von Elternteilen über das zu absolvierende Lehrpensum und möchte Duale Promotionen leichter machen. Für Die Linke ist zudem die Ermöglichung von Führung in Teilzeit und ein genereller Stellenaufwuchs durch einen Einstieg des Bundes in die Hochschulfinanzierung sinnvoll.

### Diversität und Gesundheit

Im Bereich „Diversität und Gesundheit“ gibt es zusätzlich Antworten der SPD. Der Instrumentenkasten, aus dem die Parteien sich bedienen wird vielfältiger. Wie Bündnis90/Die Grünen und Die Linke treten die Sozialdemokraten für den Ausbau des Professorinnenprogramms ein, welches die CDU/CSU lediglich fortführen wollen. Daneben möchten die CDU/CSU vor allem mit positiven Beispielen weiblicher Karrieren Schule machen, Familienzeitkonten einführen und wie SPD und FDP Kinderbetreuungsangebote ausbauen, um Eltern einen flexibleren Wechsel zwischen Arbeits- und Kinderbetreuungsphasen zu ermöglichen. Die SPD will durch zuverlässigere Möglichkeiten der Karriereplanung Frauen fördern, indem nach einem Jahr PostDoc eine Tenure-Track-Stelle in Aussicht gestellt werden soll. Grüne und Linke wünschen sich zudem 40% bzw. 50% Frauenquoten bei den Professuren und darunterliegenden Führungspositionen. Zusätzlich verweist Die Linke auf einen notwendigen Wandel der Führungskultur, die geschlechtergerecht werden soll, und die Notwendigkeit mit intelligenten Datenbanken die „Zitationslücke“ zu überwinden, die Frauen bei Bewerbungen benachteiligt. Grüne, SPD und CDU/CSU wollen Familienzeiten bei den Befristungsregeln im WissZeitVG berücksichtigen.

Bezüglich anderer Formen der Diversität verweist Die Linke als einzige auf den Aspekt der Mehrfachdiskriminierung (Intersektionalität) und fordert eine Quote für Menschen mit Migrationshintergrund in der Forschung. Für Menschen mit Behinderung will sie äquivalent zu Gleichstellungsbeauftragten Behinderungsbeauftragte einführen, die Grünen Ansprechpersonen für Antidiskriminierung. Die CDU/CSU wünscht einen Nachteilsausgleich bei Stipendienbewerbungen für Menschen mit Behinderung. Die Grünen und die FDP sehen den Bedarf, umfassender den Stand der Antidiskriminierungsbemühungen zu erfassen und darüber zu berichten und wollen die Infrastrukturen besser an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung anpassen. Um Bildungsaufstiege zu fördern, möchte die Union während der Promotion auf Mentoringprogramme setzen, aber eigentlich sieht sie die Verantwortung bereits früher in der Schul- und Vorschulbildung. FDP und SPD setzen zudem auf die Senkung sozial-kultureller Hürden für Arbeiterkinder in der Forschung und die Ausweitung des Bafög, Bündnis90/Die Grünen wollen das Bafög durch eine studentische Grundsicherung ersetzen. Die Linke sieht im Promotionswesen an den FH und HAW eine Möglichkeit, Bildungsaufstiege weiter zu fördern.

Zum Thema der mentalen Gesundheit fordern alle Parteien einen Ausbau der Betreuungsangebote. Mit der Linken und den Grünen stimmt die SPD in der Forderung überein, die Lehrstuhlstruktur durch eine [Departmentstruktur](#) zu ersetzen, um Machtstrukturen

und Druck durch Betreuer\*innen abzubauen, sowie eine individuellere Entwicklung möglich zu machen. Die SPD will zudem, dass Promovierende sich an Graduiertenschulen systematisch über ihre Belastungserfahrungen austauschen können. Die FDP möchte mit planbareren Karrierewegen Druck auf die Promovierenden abbauen.

### Wissenschaftlicher Austausch

Im Bereich „Wissenschaftlicher Austausch“ vertreten alle Parteien die Haltung, dass Wissenschaft eine wichtige Rolle als sachlicher, neutraler Debattenbeitrag hat, auf dem politische Entscheidungen beruhen sollen, allerdings unter dem Vorbehalt einer politischen Güterabwägung. Zudem befürworten alle Parteien das Konzept von ‚Open Access‘. Bündnis90/Die Grünen und die CDU/CSU wollen es zum Standard machen, die Unionsparteien schrittweise. Die FDP und Die Linke wünschen sich eine Förderung von Open Access auf verschiedenen Ebenen. Die FDP möchte Bemühungen um Wissenschaftskommunikation als Vergabekriterium bei Drittmittelprojekten etablieren, während Die Linke Wissenschaftskommunikation als eigene Leistung mit Anreizwirkung in die akademische Karriere einbauen möchte. Grüne und Unionsparteien wollen Wissenschaftler\*innen über Fortbildungen besser in die Lage versetzen Wissenschaftskommunikation zu leisten und wollen den europäischen Austausch über einen Ausbau von ‚ErasmusPlus‘ fördern. Die Union will zudem die Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern intensivieren. CDU/CSU, FDP und Linke streben einen Ausbau des Projekts ‚Horizont Europa‘ an. Die FDP plant zudem die Einrichtung einer ‚Europäischen Digitalen Universität‘. CDU/CSU, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke wollen ‚Citizen Science‘ ausbauen.

## Anhang – Die Antworten der Parteien im Wortlaut

### Fragenblock 1: Wissenschaft in Gesellschaft und Politik

<b>Auf welche Weise sollten Promovierende auf wissenschafts- und hochschulpolitische Entscheidungen einwirken können?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Die Länder sind für die Hochschule zuständig. Dementsprechend legen die Landesgesetzgeber in ihren jeweiligen Hochschulgesetzen fest, welche hochschulrechtlichen Statusgruppen an den Hochschulen zugelassen sind.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten begrüßen das Engagement von Promovierenden. Ihnen sollte grundsätzlich, wie allen hochschulpolitischen Akteuren, die Möglichkeit offen stehen, auf wissenschafts- und hochschulpolitische Entscheidungen einwirken zu können. Wir wollen die Hochschulen mit weitreichenden Freiheiten ausstatten, ihre innere Ordnung selbst zu bestimmen und damit auch unterschiedliche Formen der Einbindung von Promovierenden zu gestalten. Wir sind überzeugt, dass letztlich diejenigen Hochschulen wissenschaftlich am erfolgreichsten sind, in denen die Stimmen der Promovierenden Gehör finden.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE streitet bundesweit für eine Demokratisierung der Hochschulen. Hochschulgremien müssen paritätisch besetzt werden, sodass alle Statusgruppen, auch die Studierenden und Promovierenden, gleich stimmberechtigt vertreten sind. Sie sollten, wo es möglich ist, öffentlich tagen. Statt einseitiger Stärkung der Hochschulleitung brauchen wir eine Stärkung der demokratisch durch alle Hochschulangehörigen gewählten Hochschulgremien. Gremien, die sich an Aufsichtsräte anlehnen – wie Hochschulräte – gehören abgeschafft. Den demokratischen Austausch der Hochschule mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Sozialverbänden wollen wir stärken.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Institutionelle Absicherungen wie die verfasste Studierendenschaft und paritätisch besetzte Gremien an Hochschulen haben für uns GRÜNE einen hohen Wert. Alle Statusgruppen sollten ihre Anliegen in die demokratischen Selbstverwaltungsprozesse der Hochschulen einbringen können. Wie genau das geschehen soll, ist als Frage der Hochschulverfassung eine Entscheidung auf Landesebene.

<b>Sollten Promovierende in ganz Deutschland zu einer eigenen hochschulrechtlichen Statusgruppe werden? Setzen Sie sich für die Förderung einer flächendeckenden Interessenvertretung der Promovierenden ein?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Die Länder sind für die Hochschulen zuständig. Dementsprechend legen die Landesgesetzgeber in ihren jeweiligen Hochschulgesetzen fest, welche hochschulrechtlichen Statusgruppen an den Hochschulen zugelassen sind.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten stehen einer bundesweiten Interessenvertretung von Promovierenden offen gegenüber, sofern die Mitgliedschaft freiwillig ist.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE begrüßt die Forderung nach der Etablierung einer Promovierenden Statusgruppe an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Grundsätzlich gilt es den akademischen Mittelbau zu stärken: Mehr demokratische Mitbestimmung und Repräsentation von spezifischen Promovierendenbedürfnissen sind anzustreben. Zudem wollen wir enger mit gewerkschaftlichen Interessenvertretungen, wie der GEW, und Promovierendennetzwerken zusammenarbeiten und diese in der Breite unterstützen. Bei Fragen zu Tarifverträgen möchten wir auf die bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen zurückgreifen.

<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Die Landesebene entscheidet darüber, ob Promovierende einen eigenen Status erhalten. Baden-Württemberg hat beispielsweise 2018 einen sinnvollen Weg beschritten und im Landeshochschulgesetz eine eigene Statusgruppe für Promovierende eingerichtet. Wir GRÜNE wollen die Mitsprachemöglichkeiten in hochschul- und wissenschaftspolitischen Fragen auf Bundesebene z.B. für Studierende und ihre Vertretungen ausbauen. Dafür wollen wir von Bundesebene aus unterstützen, eine Vertretung aller Studierenden einzuführen. Sie soll von Studierenden vollständig selbst verwaltet werden und unabhängig von anderen Institutionen agieren.
-----------------------------------	--

<b>Wie</b>	<b>soll</b>	<b>öffentlich</b>	<b>finanzierte</b>
<b>Forschung priorisiert und gesteuert werden? Soll eine Differenzierung der wissenschaftlichen Bereiche und Themenfelder hinsichtlich der finanziellen Mittel vorgenommen werden?</b>			
<b>CDU/CSU</b>	Im Interesse des Gemeinwohls ist die öffentliche Forschungsförderung regelmäßig zu überprüfen. Mit Blick auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen gilt es, neue Forschungs- und Innovationsthemen frühzeitig zu identifizieren, aufzugreifen und mit konkreten Zielsetzungen in Richtung Wissenschaft zu versehen. Dabei hat für CDU und CSU die Freiheit von Forschung und Lehre einen hohen Stellenwert.		
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten fordern eine vornehmlich wissenschaftsgesteuerte Verteilung der finanziellen Mittel für Forschung. Die Priorisierung der Forschung soll also grundsätzlich von den Hochschulen selbst vorgenommen werden. Die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Lehre verteidigen wir in dem Wissen, dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst am besten relevante Forschungsfragen formulieren. Mit der Einrichtung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) analog zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) soll ein größerer Fokus auf die anwendungsorientierte Forschung gelegt und ein stärkerer Transfer von Forschungsergebnissen in Gesellschaft und Wirtschaft ermöglicht werden. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag eine Initiative eingebracht (vgl. BT-Drs.-19/6265).		
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE. steht für eine Forschungsförderung, die dem Gemeinwohl der Gesellschaft und dem sozial-ökologischen Umbau dient. Eine Verengung der Forschungsförderung auf bestimmte Themengebiete oder Wissenschaftsbereiche ist daher nicht zielführend. Wir wollen neben technischen Ideen und Innovationen auch explizit soziale Innovationen fördern. In diesem Zusammenhang möchten wir auch die Umsetzung von Konzepten wie Open Innovation unterstützen, welche die Zivilgesellschaft in die Entwicklung von Innovationen mit einbezieht. In zunehmend wissensbasierten Gesellschaften wie der unseren wird die Erarbeitung und Verbreitung neuer Erkenntnisse und Methoden zur Schlüsselfrage der Zukunftsfähigkeit. Die Große Koalition hat die Mittel für Wissenschaft und Forschung ausgeweitet, aber vor allem in marktnahe Disziplinen und Technologien investiert. Einer ausgeweiteten Drittmittel- und Auftragsforschung stehen stagnierende oder gar sinkende Grundbudgets von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gegenüber. Daher strebt DIE LINKE grundsätzlich ein Umdenken in der bisherigen Hochschulfinanzierung an. Wissenschaft sollte dank auskömmlicher Grundfinanzierung interessengeleitet stattfinden können und nicht auf Drittmittel angewiesen sein.		
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Die wichtigste Voraussetzung für gute, freie Wissenschaft ist eine auskömmliche Grundfinanzierung. Mit den Ländern wollen wir GRÜNE den Zukunftsvertrag		

	<p>Studium und Lehre sowie den PFI verstetigen und qualitativ voranbringen. Drittmittel können bestimmte Prioritäten in der öffentlichen Forschungsförderung setzen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit, wie die Klimakrise oder Pandemien, können wir nur mittels innovativer Lösungen bewältigen. Bei der Lösung dieser Aufgaben muss der Staat Forschungspolitik missionsorientiert ausrichten und Kooperationen zwischen Hochschulen, Unternehmen und Zivilgesellschaft unterstützen. Die Sozialwissenschaften und andere Forschungsfelder, wie z. B. die Gender Studies, leisten einen unverzichtbaren Beitrag für ein besseres Morgen. Eine grundsätzliche Differenzierung nach wissenschaftlichen Bereichen sehen wir kritisch. Ausreichende finanzielle Freiräume müssen in allen Bereichen einschließlich der neugiergetriebenen Grundlagenforschung auch künftig gewährleistet sein.</p>
--	---

<b>Wie stehen Sie zum Promotionsrecht für Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	<p>CDU und CSU wollen Lehre und Forschung an den Fachhochschulen (FH) bzw. den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HaW) stärken. Es sollten daher neue Wege entwickelt werden, damit die Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen bzw. der Hochschulen für angewandte Wissenschaften promovieren können.</p>
<b>FDP</b>	<p>Wir Freie Demokraten fordern eine Möglichkeit für Universitäten, mit Fachhochschulen kooperierende Promotionsverfahren durchführen zu können. Die Fachhochschulen bieten durch ihre Praxisnähe ein Studium, das für die Wirtschaftskraft von Regionen als Wachstumsquelle fungieren kann. Wir fordern, den Fachhochschulen, die sich schwerpunktmäßig mit Forschung beschäftigen sowie ihren Studierenden breite Kenntnisse im Bereich der Techniken wissenschaftlichen Arbeitens vermitteln, in den jeweiligen Landeshochschulgesetzen ein gesondertes Promotionsrecht zu ermöglichen.</p>
<b>Die Linke</b>	<p>DIE LINKE befürwortet ein Promotionsrecht für Fachhochschulen (FHs) und Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWs). Wir wollen den Mittelbau an FHs und HAWs stärken und mit dem Promotionsrecht junge Talente an diesen Hochschulen halten.</p>
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<p>Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Fachhochschulabsolvent*innen faire Zugangschancen zur Promotion zu eröffnen, z.B. durch kooperative Promotionsformate. Das Promotionsrecht liegt auf Länderebene. Der Bund kann und sollte aber die Forschungsstärke der FHs/HAWs verbessern und verstetigen.</p>



## Fragenblock 2: Rahmenbedingungen der Promotion

<p><b>Es gibt verschiedene Formen, wie Promovierende ihren Lebensunterhalt finanzieren. Aktuell leben mehr als 10% der Promovierenden unterhalb der Armutsgrenze. Welche Defizite und Chancen sehen Sie in spezifischen Finanzierungs- und Beschäftigungsmodellen für Promovierende in Deutschland? Wie wollen Sie die Lage verbessern?</b></p>	
<p><b>CDU/CSU</b></p>	<p>Wer ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, sollte sich die Vor- und Nachteile einer Promotion vor Augen führen. Ein Dokortitel eröffnet oftmals einen leichteren Zugang zu Führungspositionen und auch das Einstiegsgehalt liegt für Promovierte in den meisten Branchen höher als es bei anderen Hochschulabsolventen der Fall ist. Wer sich für diesen Weg entscheidet, kann seinen Lebensunterhalt auf verschiedenen Wegen sicherstellen, zum Beispiel als Beschäftigter an einer Hochschule oder einer außeruniversitären Forschungseinrichtung. Hinzukommt die Möglichkeit der Promotion an einem Graduiertenkolleg, hier gibt es die Förderung inklusive. Zudem kann man berufsbegleitend promovieren, ein Stipendium beantragen oder ein Bankdarlehen (z. B. KfW) aufnehmen. CDU und CSU sprechen sich für Vertragslaufzeiten aus, mit denen die angestrebte Qualifizierung erreicht werden kann. Bei Projektstellen muss die Vertragslaufzeit der Dauer des Projektes entsprechen. Da dies nicht alle Hochschulen beachten, haben wir im März 2016 das Wissenschaftszeitvertragsgesetz geändert. Wer beispielsweise drei Jahre eine Doktorarbeit schreibt, der soll grundsätzlich auch für diese Zeit an der Hochschule beschäftigt ein. Ähnlich verhält es sich bei drittmittelfinanzierten Projekten: Promovierende, die in solchen Projekten forschen, sollen einen Arbeitsvertrag über die gesamte Dauer der Mittelbewilligung abschließen können. Im Zuge der Gesetzesänderung wurde auch eine Evaluation des Gesetzes verankert. Die Ergebnisse der Evaluation werden voraussichtlich 2022 vorgestellt werden. Seit Januar 2021 ist zudem der Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ in Kraft. damit haben sich die Länder verpflichtet, mehr unbefristetes, mit Studium und Lehre befasstes Hochschulpersonal einzustellen.</p>
<p><b>FDP</b></p>	<p>Die Vielfalt der verschiedenen Finanzierungsformen von Promovierenden sehen wir Freie Demokraten grundsätzlich positiv. Graduiertenschulen, Stellen in der Forschung und der Lehre sowie „externe“ Promotionen über Stipendien und Stellen in der Wirtschaft bieten sehr unterschiedliche Wege, die jeweils eigene Vor- und Nachteile bieten. Mehrere dieser Finanzierungsformen lassen sich miteinander kombinieren, so dass die Zahl der Möglichkeiten noch größer werden. In der Regel muss eine aktive Einbindung in ein Forschungsprojekt oder in den Lehrbetrieb mit der größeren Unabhängigkeit, aber niedrigeren Vergütung eines Stipendiums abgewogen werden. Optimal erscheint eine Kombination aus beidem. Die Flexibilität wollen wir im Interesse der Promovierenden erhalten und ausweiten. Die oftmals sehr kurze Befristung hochschulischer Arbeitsverträge in der Promotionsphase bedeutet jedoch gleichzeitig eine hohe Belastung und Planungsunsicherheit für die Betroffenen. Mit Blick auf die Innovationskraft unseres Landes und den internationalen Wettbewerb um die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind exzellente Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und Entwicklungsperspektiven im deutschen Wissenschaftssystem essenziell. Daher setzen wir uns dafür ein, die Rahmenbedingungen für Promovierende zu verbessern, etwa durch die Ausweitung von Stipendienprogrammen oder die verstärkte Möglichkeit sozialversicherungspflichtiger Anstellung. Überlegenswert ist zudem eine Anhebung von Hinzuverdienstgrenzen bei Stipendien. Wir wollen außerdem bessere und familienfreundlichere Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren schaffen. Befristete Arbeitsverträge sollen im Regelfall mindestens die Dauer einer Promotion umfassen, Teilzeitmodelle ausgebaut und wissenschaftliche Reputation auch ohne mehrfache Wohnortwechsel erworben</p>

	werden können. Die Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes muss jetzt endlich vorgelegt werden.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE steht für sichere und gut bezahlte Promotionsstellen. Dazu gehört für uns, dass Qualifikationsstellen zu 100% vergütet und Daueraufgaben durch Dauerstellen erledigt werden. Die ungleiche Bezahlung über Fachrichtungen hinweg und das Sonderbefristungsrecht im wissenschaftlichen Bereich müssen ein Ende haben. Die Honorare für Lehraufträge wollen wir erhöhen, sie müssen auch die Vor- und Nachbereitung abdecken. Zusätzlich wollen wir die Abhängigkeit Promovierender von einzelnen Lehrstühlen reduzieren und schlagen daher im Sinne eines Department-Modells eine Anstellung im jeweiligen Fachbereich vor. Mit den von uns geforderten Aufwüchsen in der Grundfinanzierung sollen mehr Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau entstehen, sodass weniger Promovierende auf Stipendien oder außerwissenschaftliche Lohnarbeit angewiesen sind.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Promovierende finanzieren sich ihre Promotion häufig entweder als wissenschaftliche*r Mitarbeitende*r (WiMi) an einer Hochschule/Forschungseinrichtung oder über Stipendien. Für Promovierende gibt es vor allem an Hochschulen kaum planbare und sichere Berufswege. Die Befristungen werden über das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) geregelt. Häufig sind Vertragslaufzeiten sehr kurz. Sie schwanken zwischen ein paar Monaten und drei Jahren. Da das WissZeitVG auf Bundesebene geregelt wird, kann der Bund hier ansetzen und das Gesetz zugunsten besserer Vertragslaufzeiten novellieren. Anders als in einem Angestelltenverhältnis haben Promotionsstipendiat*innen keine dienstlichen Verpflichtungen; sie können sich umfänglich ihrem Promotionsvorhaben widmen. Versicherungsbeiträge müssen aus den Zuwendungen gezahlt werden, es sei denn, Stipendiat*innen nehmen parallel zum Stipendium eine 25%-WiMi-Stellen an. Problem: Diese Stellen stehen immer seltener zur Verfügung.

<b>Wie stehen Sie zur ungleichen Bezahlung von Promovierenden in Abhängigkeit vom Promotionsfach, wie sie in den Hinweisen zur Vergütung von Promovierenden der DFG niedergelegt werden?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Grundsätzlich ist es erstrebenswert, jede Promotionsstelle gleich zu vergüten. Schließlich sind alle wissenschaftlichen Disziplinen gleichwertig. Dennoch ist es eine Tatsache, dass Lehrstühle in den Geisteswissenschaften häufig finanziell weniger gut ausgestattet sind als beispielsweise in den Ingenieurwissenschaften. Daher sprechen sich CDU und CSU dafür aus, in den universitären Gremien Lösungswege für die schrittweise Reduzierung der ungleichen Bezahlung der Promovierenden zu finden. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, die besten Köpfe für eine wissenschaftliche Karriere zu gewinnen.
<b>FDP</b>	Die Bezahlung sollte sich an der Arbeitsleistung orientieren, die auch jenseits der eigenen Promotionsleistung zum Projektfortschritt beigetragen wird. Mit erheblichen Mittelzuwüchsen in der Forschungsförderung des Bundes leistet die Politik einen wichtigen Beitrag, dem Wissenschaftssystem eine angemessene Bezahlung zu ermöglichen. Diese Möglichkeit sollte die Wissenschaft im Rahmen ihrer Selbstverwaltung nutzen. Wir wollen Promotionen außerdem von Beginn an über ihre gesamte erwartbare Laufzeit absichern, Vertragslaufzeiten and Projektlaufzeiten knüpfen und partnerschaftliche Initiativen für cross-sektorale Personalentwicklung in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung unterstützen.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE lehnt die ungleiche Bezahlung von Promovierenden in Abhängigkeit ihres Promotionsfach ab. Wir sehen die damit einhergehende Abwertung der Geisteswissenschaften kritisch und wollen von der Fokussierung auf wirtschaftliche

	Verwertung von Wissenschaft Abstand nehmen. Unser Credo ist: Gleiches Geld für gleiche Arbeit.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Wir GRÜNE wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln und den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter*innen-Stellen, insbesondere im Mittelbau, substantiell erhöhen. Daueraufgaben sollen auch mit Dauerstellen gesichert sein. Die Qualifizierung im Rahmen der Sachgrundbefristung wollen wir klar definieren und die familienpolitische Komponente verbindlich ausgestalten. Die Tarifsperre soll entfallen.

<b>Zur Lage von Promovierenden mit Stipendium: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es eine mit Nicht-Stipendiat*innen gleiche Bezahlung und soziale Absicherung, insbesondere in der Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung gibt? Wie wollen Sie dies bewerkstelligen?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Bei einem Stipendium handelt es sich nicht um ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, sondern um eine finanzielle Zuwendung, die – anders als das BAföG – nicht zurückgezahlt werden muss. Ein Stipendium ermöglicht es dem Promovierenden, sich voll auf die Promotion zu konzentrieren, um die Arbeit im vorgesehenen Zeitrahmen fertigzustellen. Dagegen wird von Promovierenden mit einer Promotionsstelle erwartet, dass sie Zusatzaufgaben, wie Lehrveranstaltungen, übernehmen. Es handelt sich um zwei unterschiedliche Wege, um eine Promotion zu erlangen. CDU und CSU sehen daher keinen Handlungsbedarf.
<b>FDP</b>	Wir freie Demokraten fordern Beitragsfairness für Promovierende in der Krankenversicherung. Ein Promotionsstipendium stellt kein Erwerbseinkommen dar. Anders als Erwerbseinkommen aus Arbeitsverträgen an Hochschulen ist es daher steuerfrei. Es sollte dann jedoch auch in der Krankenversicherung nicht als solches behandelt werden. Promovierende dürfen in der Krankenversicherung nicht länger gegenüber Studierenden benachteiligt werden. Damit sorgen wir für Fairness und Leistungsgerechtigkeit.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE sieht Förderungen über Stipendien aufgrund der fehlenden Sozialbeiträge kritisch. Der Normalfall sollte eine Promotion mit gleichzeitiger Beschäftigung an einer Hochschule sein. Dazu wollen wir mit einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen beitragen. Für bestehende Stipendien sollen Förderträger in Kooperation mit Hochschulen oder Forschungseinrichtungen die Stipendien an die Verhältnisse der Promovierenden mit Arbeitsvertrag, zum Beispiel mit sogenannten 'top-up'- Verträgen, anpassen oder die Stipendien in Verträge umwandeln.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Promotionsstipendien sind ein fester Bestandteil in der deutschen Wissenschaftslandschaft. Sie können und sollen allerdings keine sozialversicherungspflichtigen Stellen in der Wissenschaft ersetzen. Der Arbeitsalltag von Promovierenden mit Stipendium soll nicht von promotionsfremden Aufgaben bestimmt werden. Daueraufgaben an der Hochschule sollen vielmehr auch mit Dauerstellen gesichert sein. Damit erfüllen Stipendien und Anstellungsverhältnisse an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen grundsätzlich unterschiedliche Funktionen. Ein Stipendium bietet Gestaltungsfreiheit für die Promotionsarbeit und die Chance, zügig zu promovieren; die Arbeit im Angestelltenverhältnis erfordert andere hochschulrelevante Aufgaben neben der eigenen Promotionsarbeit, die aber mit Blick auf eine intendierte wissenschaftliche Karriere besonders sinnvoll sein kann.

**Entsprechend verschiedenen Erhebungen benötigen Promovierende i. d. R. etwa vier Jahre bis zum Abschluss der Promotion, während Verträge und Stipendien allerdings nur drei Jahre lang ausgestellt werden. Dies bedeutet eine erhebliche Unsicherheit für die Perspektive der**

<b>Promovierenden. Wie können angemessene Laufzeiten für Stipendien bzw. Arbeitsverträge ermöglicht werden?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Einige Stiftungen und Universitäten bieten reine Abschlussstipendien an, die finanzielle Zuschüsse, für die meist sehr arbeitsintensiven letzten sechs bis neun Monate einer Dissertation bieten. Außerdem kann die Förderung aus gesundheitlichen oder familiären Gründen häufig bis zu einem Jahr unterbrochen werden, ohne dass dies auf die Höchstförderdauer angerechnet wird. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, einen KfW-Studienkredit für die Finanzierung der letzten Promotionsphase zu beantragen. Wegen finanzieller Engpässe ist niemand gezwungen, sein Promotionsvorhaben abzubrechen, zumal die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Promovierte grundsätzlich sehr gut sind.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass sich die Laufzeit von Verträgen und Stipendien an einer realistischen Promotionsdauer orientiert. Hierfür wollen wir die Hochschulen mit mehr Mitteln ausstatten, damit sie ihre Mitarbeiter länger beschäftigen können. Im Hinblick auf die Zeit vor der Abgabe der Dissertation bis zur Verteidigung ist zudem zu prüfen, inwieweit dieser Zeitraum an den Hochschulen verkürzt werden kann. Aktuell umfasst er oftmals mehr als ein halbes Jahr, was nicht im Interesse der Promovierenden liegen kann.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE will die Befristungsketten im wissenschaftlichen Mittelbau abschaffen. Aktuell haben Promovierende bis zum Abschluss im Durchschnitt 3,4 Verträge, weil die durchschnittliche Vertragslänge nur 22 Monate beträgt. Arbeitsverträge in der Promotionsphase müssen den üblichen Zeiträumen der Qualifizierungsphase entsprechen. Dazu wollen wir garantierte Mindestlaufzeiten für Arbeitsverträge während der Promotion in einer Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetz festschreiben. Um die längeren Verträge zu finanzieren, wollen wir die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern. Wissenschaft sollte nicht von Drittmittelgebern abhängig sein, sondern interessengetrieben forschen können. Nur eine auskömmliche Grundfinanzierung kann langfristige Beschäftigungsverhältnisse garantieren und so die Situation der Promovierenden verbessern.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Wir wissen, dass die durchschnittlichen Promotionszeiten erheblich variieren können. Ein wichtiger Hebel zur Bekämpfung des Befristungswahns an Hochschulen ist die klare Definition von Qualifizierung. Arbeitsverträge als WiMi müssen an das Aufgabenvolumen neben der Promotion und an die Lebenswirklichkeit der Wissenschaftler*innen angepasst werden. Im Fall von Drittmittel-finanzierten Promotionen wollen wir GRÜNE öffentliche Drittmittel länger als die üblichen drei Jahre aufsetzen, sodass auch die Promovierenden davon profitieren können. Die durchschnittliche Dauer, die den Hochrechnungen von Promotionszeiten zugrunde gelegt wird, hängt auch davon ab, welchen anderen Verpflichtungen (berufliche Beschäftigung, Familie, Ehrenamt etc.) die Doktorandin während der Qualifikationsphase nachgeht bzw. nachgehen muss. Im Falle von Stipendien können die dreijährigen Förderlaufzeiten für Eltern, Pflegende oder chronisch Kranke auf vier Jahre verlängert werden.

### Fragenblock 3: Promotion und Karriere in der Wissenschaft

<p><b>Die Anzahl der Promovierenden bewegt sich weiterhin auf Rekordniveau, ohne dass in gleichem Maße mehr Dauerstellen oder Professuren eingerichtet werden, obwohl viele Promovierende eine akademische Karriere anstreben. Wie wollen Sie mit dieser Diskrepanz umgehen? Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Planbarkeit einer wissenschaftlichen Karriere in Deutschland zu verbessern?</b></p>	
<p><b>CDU/CSU</b></p>	<p>Mit dem Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wurde die Tenure-Track-Professur erstmals breit an den Universitäten in Deutschland etabliert. Für viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wird der Weg zur Professur dadurch erheblich transparenter und planbarer, denn die Tenure-Track-Professur richtet sich gezielt an junge Forschende in der frühen Karrierephase und sieht nach erfolgreicher Bewährungsphase den unmittelbaren Übergang in eine Lebenszeitprofessur vor. Die Unionsgeführte Bundesregierung fördert 1.000 Tenure-Track-Professuren, die immer wieder neu ausgeschrieben werden. Die Länder werden diese Professuren langfristig erhalten. Zugleich werden die Länder die Zahl der unbefristeten Professuren um 1.000 erhöhen, um die Karrierechancen des wissenschaftlichen Nachwuchses insgesamt zu verbessern. Derzeit wird das Wissenschaftszeitvertragsgesetz evaluiert. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im Frühjahr 2022 der Öffentlichkeit präsentiert.</p>
<p><b>FDP</b></p>	<p>Wir Freie Demokraten möchten bessere Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren schaffen. Dabei ist uns auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen – zum Beispiel durch eine bessere Kinderbetreuung an Hochschulen und die Möglichkeit für Väter und Mütter, ihre Lehrverpflichtungen beziehungsweise Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen. Zudem unterstützen wir den Ausbau von Tenure-Track-Professuren, um mehr Planbarkeit für wissenschaftliche Karrieren zu ermöglichen und die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft zu verbessern. Für Promovierte, die in der Wirtschaft tätig waren, sollen der Wiedereinstieg in die Wissenschaft stärker gefördert und die Kriterien dafür individuell von den Hochschulen festgelegt werden.</p>
<p><b>Die Linke</b></p>	<p>DIE LINKE will den akademischen Mittelbau stärken und die Zahl der unbefristeten Stellen unterhalb der Professur erhöhen. Um die Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren zu verbessern, wollen wir das Sonderbefristungsrecht im Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen und durch eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen die Basis für neue Stellen schaffen. Zudem sollen Leitungsaufgaben auch in Teilzeit erledigt werden können, was insbesondere Frauen, die Care-Arbeit übernehmen, zusätzliche Berufsperspektiven ermöglicht.</p>
<p><b>Bündnis 90/ Die Grünen</b></p>	<p>Sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle sind die Voraussetzungen für eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für Wissenschaftler*innen aus dem Ausland attraktiv ist. Vor allem an Hochschulen gibt es jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist und verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Und es ist für die Betroffenen eine Zumutung. Wir GRÜNE wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln und den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter*innen-Stellen substantiell erhöhen. Daueraufgaben sollen mit Dauerstellen gesichert sein. Hierzu gehören unbefristete Berufswege neben der Professur. Die Qualifizierung im Rahmen der Sachgrundbefristung wollen wir klar definieren und die familienpolitische Komponente verbindlich ausgestalten. Die Tarifsperrung soll entfallen. Das Tenure-Track-Programm wollen wir weiterentwickeln, damit frühzeitig nach der Promotion sichere Berufswege entstehen.</p>

<b>Wie sehen Sie das Verhältnis von befristeten Stellen in der Wissenschaft und der häufigen Verbindung dieser Stellen mit Daueraufgaben (z. B. Lehre, administrative und Betreuungsaufgaben)? Sollten Daueraufgaben mit Dauerstellen gekoppelt werden?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	<p>Seit der Gesetzesänderung zum 17.03.2016 muss bei der Qualifizierungsbefristung die Dauer der Befristung so bemessen sein, dass sie der angestrebten Qualifizierung angemessen ist. Bei der Befristung wegen Drittmittelfinanzierung soll sie dem bewilligten Projektzeitraum entsprechen. Wer beispielsweise drei Jahre eine Doktorarbeit schreibt, der soll grundsätzlich auch für diese Zeit an der Hochschule beschäftigt sein. Ähnlich verhält es</p> <p>sich bei drittmittelfinanzierten Projekten: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in solchen Projekten forschen, sollen einen Arbeitsvertrag über die gesamte Dauer der Mittelbewilligung abschließen können. Um Missbrauch zu vermeiden, kann das nicht-wissenschaftliche Personal, das in einem drittmittelfinanzierten Projekt arbeitet, nicht mehr auf der Grundlage des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes befristet beschäftigt werden.</p>
<b>FDP</b>	<p>Nicht die Existenz befristeter Arbeitsverträge ist das Problem, sondern deren oftmals kurze Dauer. Die manchmal semesterweise Suche nach einer Anschlussfinanzierung raubt Zeit für die wissenschaftliche Arbeit und steht der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Weg. So verlassen viele junge Talente die Wissenschaft aus Gründen, die nichts mit ihrer Qualifikation zu tun haben. Das ist auch ein Qualitätsproblem. Deshalb wollen wir Freie Demokraten das Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformieren. Parallel sollte eine Expertenkommission ausgehend vom Zielkonflikt zwischen planbaren Karrieren, Generationengerechtigkeit sowie der notwendigen Flexibilität der Wissenschaftseinrichtungen praktikable Lösungen entwickeln. Wir wollen Promotionen von Beginn an über ihre gesamte erwartbare Laufzeit absichern, Vertragslaufzeiten an Projektlaufzeiten knüpfen und partnerschaftliche Initiativen für cross-sektorale Personalentwicklung in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung unterstützen. Daueraufgaben, die nicht an die Erlangung einer wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifikation gebunden sind, sollten im Regelfall an Dauerstellen geknüpft sein.</p> <p>Darüber hinaus fordern wir, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz künftig alle vier Jahre zu evaluieren, um dessen Regelungen im Zielkonflikt zwischen planbaren Karrieren, Generationengerechtigkeit sowie der notwendigen Flexibilität der Wissenschaftseinrichtungen gegebenenfalls nachjustieren zu können. Länder und Hochschulen sind gefordert, die inzwischen langfristige Finanzierungsperspektive des Bundes zu nutzen, um verlässliche Arbeitsplätze zu schaffen.</p>
<b>Die Linke</b>	<p>DIE LINKE kritisiert den hohen Anteil an befristeten Stellen in der Wissenschaft. Dass insbesondere Daueraufgaben zum Umfang von befristeten Qualifizierungsstellen gehören, zeigt aus unserer Sicht die Absurdität der aktuellen Beschäftigungspraxis an deutschen Hochschulen. DIE LINKE spricht sich daher klar für den Grundsatz „Dauerstellen für Daueraufgaben“ aus.</p>
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<p>Daueraufgaben sollen auch mit Dauerstellen gesichert sein. Hierzu gehören unbefristete Berufswege neben der Professur, um Hierarchien abzubauen und die kooperativen Arbeitsweisen in der Wissenschaft zu stärken. Die Qualifizierung im Rahmen der Sachgrundbefristung wollen wir GRÜNE klar definieren. Das Tenure-Track-Programm wollen wir weiterentwickeln, damit frühzeitig nach der Promotion sichere Berufswege entstehen. Gerade in der Lehre werden viele Aufgaben weiterhin oft über schlecht bezahlte Lehraufträge abgedeckt. Wir wollen den Stellenwert der Lehre erhöhen und dafür entfristete Stellen schaffen.</p>

<b>Wie wollen Sie sicherstellen, dass für Corona-bedingte Vertragsverlängerungen genügend Mittel an den Forschungseinrichtungen zur Verfügung stehen?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Die unionsgeführte Bundesregierung hat die pandemiebedingten Beeinträchtigungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Hochschulen und Forschungseinrichtungen abgemildert. Um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Qualifizierungsphase zu unterstützen, wurde im Wissenschaftszeitvertragsgesetz die Höchstbefristungsdauer für Qualifizierungen um sechs Monate verlängert. Im September 2020 folgte eine Verlängerung um weitere 6 Monate (WissZeitVG-Befristungsdauer-Verlängerungs-Verordnung). Diese Verlängerung gilt sowohl für die Beschäftigungsverhältnisse, die zwischen dem 1. März 2020 und dem 30. September 2020 bestehen, als auch für Beschäftigungsverhältnisse, die erst zwischen dem 1. Oktober 2020 und dem 31. März 2021 neu begründet werden.
<b>FDP</b>	Der dynamische Mittelaufwuchs im Pakt für Forschung und Innovation stellt vielen Forschungseinrichtungen bereits ein finanzielles Polster zur Verfügung. Pandemiebedingte Vertragsverlängerungen müssen insbesondere in der Projektmittelfinanzierung berücksichtigt werden können. Erkenntnisse über darüber hinausgehende Mehrbedarfe sollten in die nächsten Haushaltsberatungen einfließen.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE fordert, dass der Bund wieder in die Grundfinanzierung der hochschulischen Lehre und Forschung einsteigt. Die entstehenden Kosten sind aus einer einzuführenden Vermögenssteuer, Anhebung der Erbschaftssteuer und stärkeren Besteuerung hoher Einkommen zu tragen. Pandemiebedingte Vertragsverlängerungen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen können zusätzlich aus dem Titel "Globale Mehrausgabe für Kosten im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Pandemie" im Bundeshaushalt finanziert werden.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Mit dem Gesetzentwurf zur weiteren Unterstützung der Wissenschaft aufgrund anhaltender COVID-19-Pandemie wollte unsere grüne Bundestagsfraktion den notwendigen rechtlichen Spielraum für weitere, Corona-bedingte Vertragsverlängerungen schaffen ( <a href="https://dserver.bundestag.de/btd/19/271/1927188.pdf">https://dserver.bundestag.de/btd/19/271/1927188.pdf</a> ). Um Wissenschaftseinrichtungen - gemeinsam mit den Bundesländern - zusätzliche Mittel für Vertragsverlängerungen zur Verfügung zu stellen, könnte beispielsweise der Fonds für die großen außeruniversitären Forschungsorganisationen zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Forschungskooperationen auch für Hochschulen geöffnet werden.

<b>Welche Pläne haben Sie neue wissenschaftliche Berufsbilder (neben z.B. Professor*innen und Akademischen Rät*innen) und damit Karriereperspektiven für Promovierende und Promovierte zu schaffen?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Ein typisches Berufsbild für Postdocs gibt es aufgrund der Vielfalt ihrer Tätigkeiten nicht. Üblich ist eine Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter an einer Hochschule oder einer außeruniversitären Forschungseinrichtung. Später kann sich eine Juniorprofessur, eine Tenure-Track-Professur oder eine Nachwuchsgruppenleitung anschließen.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass bestehende Modelle wie die Tenure-Track-Professur ausgebaut werden, um Karriereperspektiven in der Wissenschaft verlässlicher zu gestalten. Länder und Hochschulen sind gefordert, die inzwischen langfristige Finanzierungsperspektive des Bundes zu nutzen. Individuellere Schwerpunktsetzungen - beispielsweise in der Balance von

	Forschungs- und Lehrtätigkeiten - sind wünschenswert, setzen aber nicht unbedingt neue Berufsbilder voraus.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE möchte den Hochschulen die Möglichkeiten bieten, unterhalb der Professur weitere feste Stellen zu schaffen. So wollen beispielhaft zentrale Lehraufgaben von unbefristeten Stellen geleistet werden. Konkrete Berufsbilder wollen wir nicht vorgeben, sondern eine grundsätzliche finanzielle und rechtliche Stärkung des akademischen Mittelbaus erreichen. Auf dieser Basis können Hochschulen nach Bedarf und innovativ neue Aufgabenzuschnitte und Stellenprofile definieren.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Das Tenure-Track-Programm wollen wir GRÜNE weiterentwickeln, damit frühzeitig nach der Promotion sichere Berufswege entstehen. Auch das Professorinnenprogramm wollen wir ausbauen. Darüber hinaus wollen wir alternative Berufswege neben der Professur schaffen und unbefristete Stellen in der Lehre einrichten.



## Fragenblock 4: Diversität und Gesundheit

<p><b>Der Frauenanteil nimmt in der Wissenschaft mit fortschreitender Karrierestufe ab, obwohl bei Promovierenden das Verhältnis relativ ausgeglichen ist. Auch im internationalen Vergleich gibt es in Deutschland sehr wenige Frauen, die eine Professur (besonders in der Besoldungsgruppe W3) oder vergleichbare Stelle erreichen. Wie möchten Sie hier zu einem ausgeglicheneren Verhältnis kommen?</b></p>	
<p><b>CDU/CSU</b></p>	<p>Für ein innovatives, international wettbewerbsfähiges Wissenschaftssystem werden die Kreativität der besten Frauen und Männer sowie die Diversität von Fragestellungen und Forschungsansätzen benötigt CDU und CSU setzen sich daher weiterhin für Chancengerechtigkeit sowie die Vereinbarkeit von Wissenschaftskarriere und Familie ein. Bei Bund-Länder-Vereinbarungen im Forschungs- und Wissenschaftsbereich, die Personalfragen zum Inhalt haben, verankern wir verpflichtend die Qualität von Konzepten zur professionellen Personalentwicklung und zur Chancengleichheit in der Wissenschaft. Wir müssen die nach wie vor bestehende Benachteiligung von Frauen angehen und ihnen die gleichen Chancen wie den Männern ermöglichen. Das erfolgreiche Professorinnenprogramm werden CDU und CSU fortführen: Die Evaluationen aus den Jahren 2012 und 2017 bestätigen den Erfolg es Programms und belegen, dass es seine wesentlichen Ziele – die Erhöhung des Professorinnenanteils und die Verstärkung von Gleichstellungswirkungen – umfassend erreicht.</p>
<p><b>SPD</b></p>	<p>Wir wollen den Frauenanteil in der Wissenschaft weiter stärken. Deswegen wollen wir vor allem besser planbare Karrieren in der post-doc Phase ermöglichen, damit auch Frauen sich mit mehr Sicherheit für diesen Weg entscheiden können. In unserem Vorschlag für ein Gesetz für Gute Arbeit in der Wissenschaft soll ein Jahr nach der Promotion entweder eine Aussicht auf einen Tenure-Track oder eine unbefristete Stelle im Mittelbau eröffnet werden. Darüber hinaus wollen wir das Professorinnenprogramm stärken, indem wir es auf die Förderung auf Qualifikationsstufen vor der Professur erweitern. Bei einem erweiterten Pakt für wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir sicherstellen, dass die Vergabe von Tenure-Track-Professuren quotiert erfolgt. Wir wollen mehr Frauen den Weg zur Professur ermöglichen. Das gelingt unserer Auffassung nach am besten über sichere und planbare Karrierewege. Diese wollen wir bei einer deutlichen Reduzierung der Befristungen im Wissenschaftssystem in unserem Vorschlag für ein Gesetz für Gute Arbeit in der Wissenschaft festschreiben. Dies schließt den Ausbau des Tenure-Tracks ein. Zudem wollen wir eine strukturelle Modernisierung an Hochschulen, die dazu bereit sind, vorantreiben und sie in ihrer institutionellen Neuausrichtung auf Departmentstrukturen unterstützen. Dazu streben wir eine Bundesförderung und eine Vereinbarung mit den beteiligten Ländern an. Dadurch wären Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr nach dem Lehrstuhlprinzip zugeordnet und eigenständiges Forschen und Lehren auch neben der Professur möglich.</p>
<p><b>FDP</b></p>	<p>Leider ist der Anteil von Frauen insbesondere in Führungspositionen und vor allem in MINT-Fächern nach wie vor deutlich zu gering. Wir Freie Demokraten möchten bessere Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren schaffen. Dabei ist uns auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen – zum Beispiel durch eine bessere Kinderbetreuung an Hochschulen und die Möglichkeit für Väter und Mütter, ihre Lehrverpflichtungen beziehungsweise Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen. Arbeitsmodelle wie geteilte Führung („Jobsharing“ und „Topsharing“) müssen selbstverständlich werden. Außerdem treten wir dafür ein, dass sich Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber besser vergegenwärtigen müssen, bei gleichen Funktionen genauso viele weibliche wie männliche Angestellte für Weiterbildungen zu berücksichtigen. Transparenz der</p>

	<p>Maßnahmen für mehr Diversität und Talentmanagement in Gleichstellungsberichten erhöht den öffentlichen Druck hin zu einem Kulturwandel in Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung. Des Weiteren setzen wir uns für eine Untersuchung zur Situation von Frauen in der deutschen Wissenschaft ein – nach dem Vorbild des MIT (Massachusetts-Institut für Technologie) Ende der 1990er Jahre.</p>
<b>Die Linke</b>	<p>Wir wollen eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe durchsetzen und das Professorinnen-Programm zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen Karrierestufen weiterentwickeln. Frauen sind zudem besonders von der Befristungspraxis betroffen. Wir wollen die Entfristung von Stellen in der Qualifizierungsphase im wissenschaftlichen Betrieb vorantreiben und Führungsaufgaben auch in Teilzeit möglich machen. Bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen, die allen Kindern aller Hochschulmitglieder - auch Studierenden - offenstehen, sollten ausgebaut werden. Gleichzeitig wollen wir Strukturen etablieren, die die Zitationsgap reduzieren sollen, da Publikationen nach wie vor eins der wichtigsten Qualifizierungsmerkmale in der wissenschaftlichen Karriere darstellen. Daher setzen wir uns für die Förderung intelligenter Datenbanken ein, die marginalisierte Gruppen sichtbar machen sollen. Um die Gleichstellung in den Berufungsprozessen in der Wissenschaft zu stärken, müssen Gleichstellungsbüros finanziell und personell besser ausgestattet werden. Gleichstellung darf in der Wissenschaft keine ehrenamtliche Tätigkeit sein. DIE LINKE möchte den Frauenanteil in der Wissenschaft weiter erhöhen. Dazu wollen wir das Professor*innen-Programm ausbauen und den Wettbewerb innerhalb des Programms zurückfahren. Als weiteres Instrument wollen wir das Tenure-Track-Programm verbessern, das von Frauen tendenziell besser als von Männern angenommen wird. Zur Steigerung des Frauenanteils trägt auch eine gezielte internationale Rekrutierung bei. In anderen Ländern finden sich unter Post Docs deutlich mehr Frauen, die für eine Wissenschaftskarriere offen sind, und diese ziehen andere Kolleginnen aus ihren internationalen Netzwerken nach. Wir wollen daher die internationale Berufung von Professuren verbessern. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für einen Kulturwandel im Umgang mit weiblichen Führungskräften ein. Fachlich anerkannte Professorinnen werden im Konfliktfall öfter durch Entlassung oder öffentliche Degradierung aus ihrer Position entfernt. Begründung für die Entlassungen und Degradierungen sind selten wissenschaftliches Fehlverhalten, sondern in die unterschiedliche Interpretation von Führungsverhalten. Was bei Männern als souverän und klar gelobt wird, wird bei Frauen als negativ, Mobbing oder Machtmissbrauch bewertet. Die Wissenschaftsgemeinschaft muss für solche Verzerrungen sensibilisiert werden.</p>
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<p>Nur ein Viertel aller Professuren in Deutschland ist durch Frauen besetzt. Hinzu kommt, dass viele junge Wissenschaftlerinnen nur in befristeten Arbeitsverhältnissen sind. Wir GRÜNE wollen einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent auf allen Ebenen der Wissenschaft durch die Einführung konkreter Zielquoten und eines verbindlichen Kaskadenmodells. In allen Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft wollen wir flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die es erlauben Care- und Familienarbeit zu leisten. Darüber hinaus möchten wir das Professorinnenprogramm ausbauen und eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Wissenschaftsbereich auflegen.</p> <p>Neben den oben genannten Maßnahmen soll die Bundesregierung dem Bundestag und der Öffentlichkeit einmal pro Legislaturperiode einen Fortschrittsbericht zu Diversität in der Wissenschaft vorlegen. Wir GRÜNE wollen einen eigenen</p>

	<p>Förderschwerpunkt Maßnahmenforschung zur Gleichstellung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb einrichten. Denn um die besten Strategien zu etablieren, die zu nachhaltigen Veränderungen der Strukturen führen, braucht es mehr Wissen und Kompetenz darüber, ob und welche Ansätze wirksam sind. Und nicht zuletzt trägt die weitere Internationalisierung der Wissenschaft, die wir ausdrücklich unterstützen, dazu bei, dort einen Wandel für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu unterstützen, wo bestehende Strukturen und Fachkulturen dem derzeit noch entgegenstehen.</p>
--	---

<b>Welche zusätzlichen Ansatzpunkte sehen Sie zur Steigerung der Diversität über das Geschlecht hinaus?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	<p>Diversität und Exzellenz dürfen keine Gegensätze sein, schließlich profitiert die Wissenschaft von der Vielfalt der Perspektiven. Beispielsweise kann man bei jeder Personalentscheidung die Frage stellen: Wie gelingt es, an den Hochschulen ein Umfeld zu schaffen, in dem Diversität Karrieren begünstigt, anstatt sie zu behindern? Bei der konkreten Realisierung setzen CDU und CSU dabei auf Anreize und positive Beispiele. Des Weiteren enthält das Wissenschaftszeitvertragsgesetz eine gesonderte Regelung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einer Behinderung der einer schweren chronischen Erkrankung § 2 Abs. 1 Satz 6 besagt, dass bei Vorliegen einer Behinderung oder chronischen Erkrankung der Befristungsrahmen zwei Jahre mehr beträgt als im Regelfall. Ausschlaggebend ist damit, dass im Zeitpunkt der Vertragsverlängerung der verlängerte Befristungsrahmen anwendbar ist.</p>
<b>SPD</b>	<p>Wer sich für eine Karriere in der Wissenschaft entscheidet und die entsprechenden Leistungsvoraussetzungen mitbringt, soll nach den Vorstellungen der SPD auf diesem Weg besser begleitet werden. Mit Graduiertenschulen wollen wir in der Promotionsphase auch Diversität besser abbilden, indem individuelle Begleitung der Promotion und interdisziplinärer Austausch gefördert werden. Gleichzeitig ist die Voraussetzung für Diversität in der Wissenschaft Diversität im Studium. Mit unserem Vorschlag für die umfassende Ausweitung des BAföG wollen wir auch die Diversität an den Hochschulen insgesamt befördern.</p>
<b>FDP</b>	<p>Diversität hat viele Dimensionen. Neben dem Geschlecht erleben viele Menschen beispielsweise auch ihren Migrationshintergrund, ihre soziale Herkunft, eine Behinderung oder ein weniger akademisch geprägtes Umfeld als Hürde für eine wissenschaftliche Karriere. Es gibt einige außeruniversitäre Forschungsorganisationen, die es immer noch vorziehen, die Ausgleichsabgabe zu zahlen, anstatt fünf Prozent der Arbeitsplätze mit Menschen mit Behinderungen zu besetzen. Wir Freie Demokraten wollen das ändern und in der Wissenschaft für mehr Diversität sorgen, denn Forschung lebt auch vom Perspektivwechsel.</p> <p>Gemeinsam mit den Begabtenförderungswerken wollen wir eine Strategie erarbeiten, wie die Stipendien für mehr Bildungsaufsteiger geöffnet werden können. Von einer gezielten Bewerberansprache bis zur Sensibilisierung der Auswahlkomitees gibt es heute schon Best Practices, die auf andere Förderungswerke übertragen werden können (vgl. BT-Drs.-19/28439).</p>
<b>Die Linke</b>	<p>Zum einen fordert DIE LINKE für Menschen mit Behinderung die Möglichkeit von Arbeits- und Bildungsassistenz, um das Studium und die daran anschließenden Karrierewege selbstbestimmt und möglichst diskriminierungsarm einschlagen zu können. Des Weiteren fordert DIE LINKE, dass rassistische Diskriminierung konsequent beendet wird und setzt sich für ein Partizipationsgesetz ein, um Menschen mit Rassismus-Erfahrung besser einzubeziehen und mehr in der</p>

	<p>Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen. Es braucht für Rechtsansprüche eine rechtlich verbindliche Arbeitsdefinition von Rassismus und eine starke Sensibilisierung der Verwaltung für antirassistisches Handeln. Gleichzeitig setzen wir uns auch für eine Änderung des Personenstandsgesetzes und Fördermaßnahmen für Transpersonen und Nichtbinäre Menschen ein. Geschlechtliche Vielfalt bedeutet für die Linke nicht nur die Beendigung der Diskriminierung für Cis-Frauen, sondern die Anerkennung einer gelebten geschlechtlichen Vielfalt. Eine gerechte Universität kann es demnach für uns nur geben, wenn Diskriminierung intersektional gedacht wird.</p>
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<p>Die Wissenschaftslandschaft ist immer noch vorwiegend männlich, weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen Elternhäusern geprägt und bildet somit die Vielfalt der Gesellschaft nur unzureichend ab. Das wollen wir GRÜNE durch die gezielte Förderung von Diversität im Wissenschaftssystem, Förderformate für Diversitäts- und Antidiskriminierungspolitik und Inklusion ändern. Barrierefreiheit ist sowohl bei der Modernisierung der Infrastrukturen des Wissens wie auch der IT-Ausstattung zentral. Zudem wollen wir das BAföG neu aufsetzen und zu einer Grundsicherung für alle Studierenden umbauen, damit der Zugang zu Studium nicht mehr von der finanziellen Situation der Eltern abhängt. Wirksame Maßnahmen zur Förderung von Diversität müssen zudem auch jenseits des Campus wirksam werden. Wir wollen gemeinsam mit den Ländern Ansprechpersonen und Bildungsprogramme zu Antidiskriminierung, Diversität und LSBTI unterstützen. Wir treten für eine inklusive Gesellschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention ein.</p>

<b>Wie wollen Sie Promovierende aus Familien ohne akademischen Hintergrund besser fördern?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	<p>In der Wissenschaft zählt nicht die Herkunft, sondern die Exzellenz. Wer den Bildungsaufstieg bis zur Promotion geschafft hat, hat bereits seine wissenschaftliche Qualifikation unter Beweis gestellt. Dennoch gibt es Möglichkeiten, die in der Frage angesprochene Gruppe zu unterstützen: Netzwerk und Mentoring-Maßnahmen von Alumni können ihr als Türöffner, Rat- und Ideengeber für ihren weiteren Karriereweg dienen. Gleichwohl gilt: Wenn mehr Jugendlichen aus bildungsfernen Familien der Bildungsaufstieg gelingen soll, muss viel früher angesetzt werden. Jedes Kind soll seinen Möglichkeiten entsprechend von Anfang an gefördert werden, gerade auch in sozial schwierigen Lagen. Nur so können wir unser Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ einlösen. Für uns ist klar: Die Herkunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Deutschland benötigt ein bedarfsgerechtes Angebot ganztätiger Krippen, Kitas und Schulen. Dort, wo ein besonderer Sprachförderbedarf festgestellt wird, muss eine verpflichtende durchgängige Sprachförderung erteilt werden. Wir werden den Kita-Ausbau und die Weiterentwicklung der Qualität auch über 2022 hinaus weiter fördern. Wir werden die Einrichtung der frühen Bildung zu qualitativ hochwertigen Bildungsorten weiterentwickeln und o einen zentralen Beitrag leisten, um Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln.</p>
<b>SPD</b>	<p>Wir wollen die individuelle Förderung von Promovierenden in Graduiertenschulen stärken. Sie sollen es ermöglichen auf die jeweiligen Hintergründe der einzelnen Personen verstärkt einzugehen. Zudem wollen wir ein bundesweites Mentoring-Programm für Promotionen nach dem Vorbild von Arbeiterkind.de. auf den Weg bringen, um einen diskriminierungsfreien Zugang zu Promotionen sicherzustellen. Dazu gehört für uns auch soziale Selektivität zurückzudrängen, damit sich mehr Menschen aus nichtakademischen Familien eine Promotion zutrauen.</p>

<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Initiativen in Form von Aufstiegspatenschaften einzubinden, um Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern zu helfen, den eigenen Weg zu beruflichen Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen. Durch die Beratung und Unterstützung für die eigenen Lebens- auf Aufstiegspläne kann vor allem Jugendlichen aus nichtakademischen Elternhäusern der Weg an die Hochschule geebnet werden.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE will Erst-Akademiker*innen besser fördern und ihnen eine Perspektive in der Wissenschaft geben. Wir sehen zwei grundsätzliche Probleme für Promovierende aus Familien ohne akademischen Hintergrund. Zum Ersten sind die Arbeitsbedingungen und Karrierechancen in der Wissenschaft unbeständig und daher schlecht planbar. Durch unsere Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes wollen wir Dauerbefristungen beenden und zudem Dauerstellen für Daueraufgaben etablieren. Dadurch soll es auch unterhalb der Professur Karrierechancen geben. Zum Zweiten sind Fachhochschulen (FH) und Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) für viele Erst-Akademiker*innen der Startpunkt ihrer wissenschaftlichen Ausbildung. Der schlecht entwickelte Mittelbau an FHs und HAWs führt dazu, dass Erst-Akademiker*innen entweder an die Universitäten wechseln, unter schlechteren Bedingungen promovieren oder direkt in das Berufsleben einsteigen. DIE LINKE will den Mittelbau an FHs und HAWs ausbauen und FHs und HAWs das Promotionsrecht zusprechen. Darüber hinaus wollen wir, dass die soziale Herkunft stärker in den Fokus von Untersuchungen und Berichten über die Situation an Hochschulen rückt. Nur mit einer aussagekräftigen Datenbasis können sinnvolle Maßnahmen (weiter)entwickelt und etabliert werden.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Schon die Möglichkeit, Studium oder Ausbildung frei zu wählen, hängt nach wie vor zu stark von der Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern und deren Bildungsbiografie ab. Das wollen wir GRÜNE ändern und dafür das BAföG neu aufsetzen und zu einer Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden umbauen. Sie soll in einem ersten Schritt aus einem Garantiebetrag und einem Bedarfszuschuss bestehen, der den Gesamtbetrag im Vergleich zum heutigen BAföG substantiell erhöht und dem Großteil des in Frage kommenden Personenkreises zugutekommt. Damit werden angehende Wissenschaftler*innen aus Familien ohne akademischen Hintergrund bereits frühzeitig vor der Entscheidung für eine Promotion unterstützt. Zudem gehört soziale Herkunft zu den Diversitätsaspekten, die wir gezielt auf in Hochschulen und Forschungseinrichtungen fördern wollen.

<b>In der Wissenschaft wird eine hohe Flexibilität und Mobilität gefordert, was sich mitunter schwer mit dem Familienleben sowie mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung vereinbaren lässt. Was wird Ihre Partei für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Einschränkung durch eine Krankheit in der Wissenschaft tun?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	CDU und CSU wollen eine familiengerechte Arbeitswelt und keine arbeitsmarktgerechten Familien. Uns ist wichtig, dass Eltern in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit reduzieren können und in anderen Zeiten mit ganzer Kraft ihrem Beruf nachgehen. Wir werden deshalb mehr Zeitsouveränität über das gesamte Berufsleben hinweg ermöglichen. Durch angesparte Zeiten in sogenannten Familienzeitkonten wollen wir beispielsweise jungen Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ohne finanzielle Nachteile erleichtern. Auch wollen wir weiterhin möglichst vielen Beschäftigten das mobile Arbeiten gestatten. CDU und CSU unterstützen die Kooperationen von Hochschulen mit kommunalen Einrichtungen bei der Kinderbetreuung, um mehr junge Menschen für eine wissenschaftliche Karriere zu gewinnen. Wir befürworten insbesondere flexible Öffnungszeiten am

	Abend und an den Wochenenden. Zudem setzen wir uns für familienfreundliche Anstellungsmodelle insbesondere in der Postdoc-Phase ein.
<b>SPD</b>	Die Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere mit der Familienplanung wollen wir verbessern. Auch die Einschränkung durch eine chronische Krankheit oder Behinderung sollen nicht von einer wissenschaftlichen Karriere abhalten. Wir sehen in unserem Vorschlag für ein Gesetz zur Guten Arbeit in der Wissenschaft ein Plus von zwei Jahren bei Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Behinderung oder Krankheit bei der Promotion vor. Dadurch wollen wir die familienpolitische Komponente und die Schutzklauseln im Wissenschaftszeitvertragsgesetz ausbauen. Zudem wollen wir, dass Bundesprogramme zum Kita-Ausbau auch den Hochschulen zugutekommen.
<b>FDP</b>	<p>Wir Freie Demokraten möchten bessere Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren schaffen. Dabei ist uns auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen – zum Beispiel durch eine bessere Kinderbetreuung an Hochschulen und die Möglichkeit für Väter und Mütter, ihre Lehrverpflichtungen beziehungsweise Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen.</p> <p>Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz wollen wir reformieren. Denn ein zu hoher Anteil befristeter Stellen in der Wissenschaft belastet insbesondere junge Forscherinnen und Forscher. Parallel sollte eine Expertenkommission ausgehend vom Zielkonflikt zwischen planbaren Karrieren, Generationengerechtigkeit sowie der notwendigen Flexibilität der Wissenschaftseinrichtungen praktikable Lösungen entwickeln. Wir wollen Promotionen von Beginn an über ihre gesamte erwartbare Laufzeit absichern, Vertragslaufzeiten an Projektlaufzeiten knüpfen und partnerschaftliche Initiativen für cross-sektorale Personalentwicklung in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung unterstützen. Modelle wie die Tenure-Track-Professuren sollen ausgebaut werden. Länder und Hochschulen sind gefordert, die inzwischen langfristige Finanzierungsperspektive des Bundes zu nutzen, um verlässliche Arbeitsplätze zu schaffen.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen Menschen mit Behinderungen auch bei Prüfungen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung garantieren. Für Menschen mit Behinderungen sollten Prüfungs- oder Examenssituationen ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich sein. Persönliche Gespräche zur Klärung der offenen Fragen zwischen Prüfling und Prüfungsamt sollten obligatorisch sein. Zusätzliche Barrieren, wie eine selbst zu organisierende und selbst zu finanzierende Diktierkraft für sehbehinderte Prüflinge sind zu vermeiden. Der Einsatz von Assistenten in Prüfungssituationen darf umgekehrt nicht als Vorteil gegenüber nicht behinderten Prüflingen eingestuft werden. Damit sorgen wir für Chancengerechtigkeit.</p>
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE will die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Karriere verbessern und die Hürden für Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen senken. Bausteine zur Erreichung dieser Zielsetzung sind die allgemeine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Abschaffung des Sonderbefristungsrecht im Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, das große Probleme für Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankung bedeutet. Auch für Familien(planung) stellen unsichere Arbeitsverhältnisse eine Belastung dar. Um bei Menschen mit Care-Arbeitsverpflichtung, Behinderung oder chronischen Erkrankungen eine Überlastung und Sicherungslücken zu verhindern, sollen flexiblere Studien- und Arbeitsbedingungen und Führung in Voll- und Teilzeit etabliert werden und Wissenschaftseinrichtungen gemeinsam mit ihren Mitarbeiter*innen die Karrierenplanung vorantreiben. Wissenschaftseinrichtungen

	sind dazu angehalten, Menschen mit Care-Aufgaben, Behinderung oder chronischen Erkrankungen den Zugang zu Aus- und Weiterbildungen zu erleichtern sowie bei zeitlich begrenzten Arbeits- und Förderverhältnissen Verlängerungsmöglichkeiten auszunutzen. Auch sollten bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen, die allen Kindern aller Hochschulmitglieder offenstehen, ausgebaut werden.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	In allen Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft wollen wir GRÜNE flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die es erlauben Care- und Familienarbeit zu leisten. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz wollen wir unter anderem dahingehend reformieren, die Qualifizierung im Rahmen der Sachgrundbefristung klar zu definieren und die familienpolitische Komponente verbindlich auszugestalten. Darüber hinaus wollen wir mehr Spielräume für internationale Dual-Career-Paare schaffen.

<b>Emotionales, psychologisches und soziales Wohlbefinden sind essenziell für eine erfolgreiche Promotion. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie im Bereich „mental health“ im Wissenschaftsbetrieb?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Es gehört zu den Aufgaben der Hochschulen als Arbeitgeber, Anlaufstellen und Programme vorzuhalten, um im Bereich „mental health“ auf die Bedarfe der Beschäftigten und der Studierenden einzugehen. Zudem hat das unionsgeführte Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im März 2021 den Aufbau eines neuen Deutschen Zentrums für Psychische Gesundheit bekanntgegeben. Wichtige Fragestellungen betreffen beispielsweise die Erforschung krankheitsübergreifender Mechanismen und Faktoren, die die psychische Gesundheit sowie die Entstehung und den Verlauf psychischer Erkrankungen beeinflussen. Die Forschungsergebnisse können dazu beitragen, die Voraussetzungen für „mental health“ auch im Wissenschaftsbetrieb zu verbessern.
<b>SPD</b>	Wir sehen im Bereich "mental health" im Wissenschaftsbetrieb einen Bedarf. Die hohe Arbeitsbelastung, geforderte Flexibilität und Mobilität fordern Wissenschaftler*innen heutzutage an Hochschulen, Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen viel ab. Wir wollen das Thema einerseits durch den Zugang zu Beratungsleistungen adressieren. Andererseits ist mit dem Ausbau von Graduiertenschulen die Erwartung verbunden, dass dort ein methodischer Austausch auch über persönliche Belastungen und ein guter Umgang mit diesen erfolgt.
<b>FDP</b>	Psychische Gesundheit muss endlich genauso ernst genommen werden wie körperliche Gesundheit. Die soziale Isolation im Lockdown hat viele Studierende, Lehrende und Forschende sehr belastet. Beratungsangebote zu psychischer Gesundheit wollen wir stärken. Auch verlässlichere Karrierewege und Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft können zur psychischen Gesundheit beitragen. Die teilweise praktizierte Befristung von Arbeitsverträgen auf ein oder zwei Semester und die daraus resultierende Suche nach einer Anschlussfinanzierung rauben Zeit für die wissenschaftliche Arbeit und setzen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler psychisch unter Druck. So verlassen viele junge Talente die Wissenschaft aus Gründen, die nichts mit ihrer Qualifikation zu tun haben. Das wollen wir ändern und das Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformieren.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE will die psychologische Betreuung der Promovierenden verbessern. Dazu sollen die psycho-sozialen Dienste an Hochschulen besser ausgestattet werden. Die Arbeitszeitverdichtung muss auch in der Wissenschaft thematisiert und rückgängig gemacht werden. Aktuell arbeiten Promovierende rund 40% mehr als ihr Arbeitsvertrag vorsieht. Sie arbeiten damit nicht nur kostenlos, sondern gefährden

	auf Dauer ihre Gesundheit. Gleichzeitig fordern wir eine Entfristung von Stellen und das der wissenschaftliche Nachwuchs Abteilungen (Departments) zugehören soll. Wir wollen somit die Unabhängigkeit der Promovierenden von ihren Promotionsbetreuer*innen fördern, um sie vor Abhängigkeitsverhältnissen, Mobbing und sexualisierter Gewalt besser schützen zu können.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Psychische Belastung sollte in allen Arbeitsbereichen stärker berücksichtigt werden. Die Promotionszeit kann eine besondere Belastung für die psychische Gesundheit darstellen. Darum ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Wissenschaft essenziell. Der Belastung der fehlenden Planbarkeit des eigenen Berufsweges wegen kurzer Vertragslaufzeiten in der Wissenschaft wollen wir GRÜNE durch die Weiterentwicklung des Wissenschaftszeitvertragsgesetz, die Reduzierung von befristeten Stellen und die Einführung von alternativen Berufswegen zur Professur entgegenwirken. Die Qualifizierung im Rahmen der Sachgrundbefristung wollen wir klar definieren und die familienpolitische Komponente verbindlich ausgestalten. Die Tarifsperre soll entfallen. Das Tenure-Track-Programm wollen wir weiterentwickeln, damit frühzeitig nach der Promotion sichere Berufswege entstehen. Menschen mit einer psychischen Erkrankung brauchen schnelle und leicht zugängliche Hilfen. Wir setzen uns für die bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und stationären Therapie- sowie Hilfs- und Beratungsangeboten ein.

<b>Wie positioniert sich die Partei zum Thema Inklusion in der Wissenschaft (Promotion)?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Deutschland hat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert – und sich damit verpflichtet, ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten. Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen über alle Bildungsetappen hinweg so gut wie möglich zu fördern – von der frühen über die schulische und berufliche Bildung bis hin zu Weiterbildung und Hochschule. Die Leistungen zur Teilhabe an Bildung umfassen seit dem 1. Januar 2018 auch ein Masterstudium und eine Promotion. Die Auswahlkriterien für die Vergabe von Promotionsstipendien können gerade für Bewerberinnen und Bewerber mit Behinderungen eine Barriere sein. Das unionsgeführte BMBF hat darauf mit Angeboten eines Nachteilsausgleichs reagiert. CDU und CSU unterstützen dieses Vorgehen.
<b>SPD</b>	Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch die Promotion Menschen mit Behinderung offensteht. Bei der Promotion soll einzig die wissenschaftliche Leistung im Mittelpunkt stehen. Deswegen haben wir im Bundesteilhabegesetz durchgesetzt, dass Leistungen zur Teilhabe an Bildung auch den Masterabschluss und die Promotion umfassen. Mit der verstärkten Einführung von Graduiertenschulen wollen wir auch für Menschen mit Behinderungen bessere Rahmenbedingungen für ihre individuellen Bedürfnisse bei der Durchführung und Begleitung der Promotion schaffen.
<b>FDP</b>	Wir wollen die Barrierefreiheit an Hochschulen stärken und Beratungsangebote zur psychischen Gesundheit ausbauen. Öffentlich geförderte Forschungseinrichtungen haben eine besondere Vorbildfunktion, mehr Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung zu bieten. Für Menschen mit Behinderungen wollen wir grundsätzlich eine bessere Beratung und Arbeitsvermittlung. Die Vorbereitung muss bereits in der Schule beginnen. Wir wollen die praxistauglichere Ausgestaltung des Budgets für Arbeit und eine praxisnahe aktive Arbeitsvermittlung und Begleitung. Die Chancen der Beschäftigten einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen auf eine reguläre Beschäftigung wollen wir verbessern und ihre Integration in den ersten Arbeitsmarkt fördern.



<p><b>Die Linke</b></p>	<p>DIE LINKE fordert eine Grundgesetzänderung, die eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung zwischen Bund und Ländern definiert. Dadurch wird es möglich, auch in den Hochschulbau zu investieren, um bedarfsgerecht bauliche Maßnahmen zur Steigerung der Barrierefreiheit umzusetzen. Darüber hinaus wollen wir eine Ausweitung der Kompetenzen der Behindertenbeauftragten an allen Hochschulen sowie deren bedarfsgerechte personelle und finanzielle Ausstattung. Auf Ebene der Institute wollen wir Stellen für studentische Behinderungsbeauftragte schaffen. Diese Beauftragten sollen unabhängig sein und in allen Gremien Rede- und Antragsrecht analog zu den Gleichstellungsbeauftragten erhalten. Um einen inklusiven Kulturwandel an den Hochschulen einzuleiten, sollen Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme die Mitglieder der Hochschulgemeinschaft für die Belange von Menschen mit Behinderungen und studienerschwerenden Beeinträchtigungen sensibilisieren und den inklusiven Umgang erlernen. Dazu gehört auch der bedarfsgerechte Ausbau der Angebote kostenloser Sprachkurse insbesondere für Deutsch, Englisch und den Gebärdensprachen. Literatur, Labortechnik und andere Medien zur Ausübung wissenschaftlicher Tätigkeiten sind nach geltendem Recht sofort auf die Erfordernisse barrierefreier Bildung und Wissenschaft auszurichten.</p>
<p><b>Bündnis 90/ Die Grünen</b></p>	<p>Siehe Antwort auf Frage 3 und 4 [in diesem Fragenblock]. Wir GRÜNE treten für eine inklusive Gesellschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention ein und wollen gezielte Förderung von Inklusion auch im Wissenschaftssystem. Barrierefreiheit ist sowohl bei der Modernisierung der Infrastrukturen des Wissens wie auch der IT-Ausstattung zentral. Darüber hinaus wollen wir die Einschränkungen, die für Studierende und Promovierende in der Eingliederungshilfe bestehen, aufheben und eine Lösung für die Finanzierung behinderungsbedingt höherer Lebenshaltungskosten finden.</p>

## Fragenblock 5: Wissenschaftlicher Austausch

<b>Sollte öffentlich geförderte Forschung generell öffentlich zugänglich sein, z. B. durch Open Access? Wie soll bei Open Access mit Urheber- und Verwertungsrechten umgegangen werden?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Mit der Open-Access-Strategie haben CDU und CSU die Innovationskraft in Deutschland gestärkt. Unser Ziel ist es, Open Access schrittweise zu einem Standard des wissenschaftlichen Publizierens zu machen. Dazu hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Open-Access-Strategie Leitprinzipien benannt und Aktionsfelder zur Stärkung von Open Access identifiziert. Danach ist Open Access als ein Standard des wissenschaftlichen Publizierens zu etablieren. insbesondere sollen Publikationen aus öffentlich geförderter Forschung für alle Menschen offen zugänglich sein. Zugleich schränken wir die Wissenschaftsfreiheit nicht ein. Open Access ist keine Verpflichtung zur Publikation. Die Entscheidung, ob man veröffentlichen will, liegt in der Hand der Forschenden.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Ergebnisse staatlich finanzierter Forschung grundsätzlich öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Dabei müssen Datenschutz und -sicherheit gewährleistet sein. Bei der Bereitstellung hochwertiger Daten für die kommerzielle Nutzung ist ein Lizenzsystem denkbar.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE unterstützt den Open-Access-Ansatz für Wissenschaft und Forschung, fordert eine Open-Access-Förderstrategie und setzt sich seit langem für ein modernes Urheberrecht ein. Dazu gehört ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht. Wissenschaftler müssen das Recht haben, bereits erschienene Veröffentlichungen erneut zu publizieren, auch wenn ihr Verlag dies untersagen möchte. Das 2014 eingeführte Zweitveröffentlichungsrecht sieht dafür aber viel zu viele Einschränkungen vor und muss deshalb dringend überarbeitet werden. Außerdem wollen wir durchsetzen, dass Forschungsergebnisse, die überwiegend mit Bundesmitteln finanziert werden, zwingend als Open-Access-Publikation erscheinen müssen. Open-Access-Veröffentlichungen sollten zudem weder bei der Vergabe von Fördergeldern noch bei Berufungs- und Besetzungsverfahren einen Minuspunkt darstellen. Auf längere Sicht wollen wir eine Transformation des wissenschaftlichen Publikationssystems unterstützen, die die Abhängigkeit von profitorientierten Unternehmen überwindet.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Der Zugang zu Forschungsdaten soll erleichtert werden. Bei Publikationen wollen wir GRÜNE Open Access zum Standard erklären und als wissenschaftliche Leitidee stärker fördern und zusammen mit der Wissenschaft vorantreiben. Die dadurch anstehende Reform der Finanzierung wissenschaftlicher Publikationen darf nicht zu Lasten der Forscher*innen oder ihrer Einrichtungen gehen. Wir setzen uns für eine Modernisierung des Urheberrechts ein, das den Bedürfnissen in der digitalen Welt gerecht wird. Wir haben die Bundesregierung über Jahre gedrängt, die Wissenschaftsschranke zu entfristen und so den Einrichtungen die notwendige Planungssicherheit zu gewährleisten. Darüber hinaus plädieren wir für die Vervielfältigung von Text und Data Mining für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung, sicherzustellen, die Übermittlung von Kopien innerhalb der Bildungseinrichtung zu erlauben und die Bestimmung der Nichtverfügbarkeit von Werken flexibler auszugestalten.

<b>Welche Formen des Austauschs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft sind hervorzuheben, wie kann Wissenschaftskommunikation gestärkt werden?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	CDU und CSU werden den strategischen Dialog über die Weiterentwicklung der Wissenschaftskommunikation verstetigen sowie die Wissenschaftskommunikation durch mehr Weiterbildungsangebote stärken. Vor allem bieten die Wissenschaftsjahre eine Plattform für zahlreiche Partner und kommunizierende

	<p>Forschende. Zugleich sind sie ein Experimentierfeld für innovative Formate der Wissenschaftskommunikation. Eine Form der Partizipation mit hohem Innovationspotenzial ist die Bürgerforschung. Die führt bei den an den Projekten beteiligten Bürgerinnen und Bürgern nicht nur zu einer Auseinandersetzung mit den Forschungsfragen der Wissenschaft, sondern auch mit den wissenschaftlichen Methoden. CDU und CSU werden die Bürgerforschung weiter fördern.</p>
<b>FDP</b>	<p>Wir Freie Demokraten werden darauf hinwirken, dass Wissenschaftskommunikation bei den Mitgliedern der Allianz der Wissenschaften und auch im Zusammenwirken mit den Ländern bei den Hochschulen zu einer prioritären Aufgabe wird. Einen konkreten Vorschlag hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag vorgelegt (vgl. „Echte Wissenschaftskommunikation – Glaubwürdig und beteiligungsstark“ BT-Drs.-19/17517). Zur Verankerung tragfähiger Strukturen für die Wissenschaftskommunikation gehört, ihr in den einzelnen Instituten ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Es gilt, durch Kooperationen zwischen Lehrstühlen und professionellen Kommunikationsagenturen zusätzliches Know-how in Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie deren Führungsakademien zu tragen, Wissenschaftskommunikation in Aufbaustudiengänge sowie promotionsbegleitend zu integrieren und damit Qualifizierungsangebote sicherzustellen. In Ausschreibungen von Forschungsvorhaben soll der Konzeption begleitender bzw. anschließender Wissenschaftskommunikation genügend zeitlicher und finanzieller Raum gegeben werden. Wir wollen die Forschung über Wissenschaftskommunikation fördern und gemeinsam mit den Ländern Forschungsstandorte für Wissenschaftskommunikation entwickeln. Daraus sollen – ebenso wie aus den Evaluationsergebnissen der laufenden Wissenschaftskommunikationsformate heraus – Qualitätskriterien für die Wissenschaftskommunikation entwickelt werden.</p>
<b>Die Linke</b>	<p>Für DIE LINKE hat der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Wir möchten Wissenschaftskommunikation fördern und sie zu einem festen Bestand wissenschaftlicher Ausbildung und Tätigkeit machen. Dazu wollen wir Wissenschaftskommunikation als eigenständige wissenschaftliche Leistung anerkennen und spätestens ab der Promotionsphase Weiterbildungen zur Wissenschaftskommunikation ins Studium integrieren. Wir wollen damit Wissenschaftler*innen Anreize geben, sich in den öffentlichen Diskurs einzuschalten. Aktuell ist Wissenschaftskommunikation eine Leistung, welche Wissenschaftler*innen meist freiwillig erbringen. Statt jedem öffentlich gefördertem Projekt den Auftrag zu geben, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, und dafür Mittel bereit zu stellen, wollen wir Wissenschaftskommunikation in einer Agentur bündeln. Außerdem will DIE LINKE. Bürgerwissenschaft (Citizen Science) weiter ausbauen und zu einem festen Bestandteil von Förderprogrammen des Bundes weiterentwickeln. Ohne Bürgerbeteiligung würden Proteinketten nicht entschlüsselt werden und Planeten unentdeckt bleiben. Auf diese Mitarbeit wollen wir nicht verzichten. Weil wir eine gemeinwohlorientierte Wissenschaftspolitik verfolgen und nicht nur technische Innovationen wertschätzen, wollen wir die Zivilgesellschaft in Open-Innovation-Prozessen an der Forschung und Entwicklung teilhaben lassen. Zusammenarbeit und Kommunikation sind für uns vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Gesellschaft und Wissenschaft.</p>
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<p>Partizipative Wissenschaft ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Wissenschaftspolitik. Wir GRÜNE möchten transdisziplinäre Forschung, Reallabore, Experimentierräume und Citizen Science-Projekte ausweiten und stärken. Darüber hinaus nehmen wir die zahlreichen konstruktiven Impulse aus der Zivilgesellschaft</p>

	als Chance für die Wissenschaft ernst und wollen auch die Partizipationsmöglichkeiten in der Wissenschaftspolitik ausbauen, beispielsweise durch die Einrichtung eines „Wissenschaftsforum Zivilgesellschaft“ und regelmäßigem Austausch zwischen BMBF und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir wollen Förderprogramme für die Wissenschaftskommunikation aufsetzen und die Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftler*innen in diesem Bereich fördern
--	---

<b>Welchen Einfluss sollen wissenschaftliche Erkenntnisse auf politische Entscheidungen haben, welche Rolle haben Wissenschaftler*innen dabei?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	CDU und CSU begrüßen es, dass Forschende ihren Sachverstand stärker in die politische Entscheidungsfindung einbringen. Allerdings sind alle wissenschaftlichen Erkenntnisse vorläufig, so dass Forschende auf die begrenzte Aussagekraft ihrer Ausführungen hinweisen müssen, während umgekehrt die Politik von der Wissenschaft nicht erwarten darf, konkrete Lösungswege mit einhundertprozentiger Erfolgsgarantie zu erfahren. Entscheidend ist zudem, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse streng evidenzbasiert ermittelt wurden und die Forschenden Platz für Grautöne lassen, auch im öffentlichen Diskurs.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten stärken die Bedeutung der Wissenschaften für eine sachliche Meinungsbildung in der Öffentlichkeit. Wir bekennen uns zum wichtigen Beitrag der Wissenschaften in demokratischen Beratungsprozessen, um faktenbasierte, redliche und vernünftige Entscheidungen zu ermöglichen. In unserer lernenden Demokratie sind wissenschaftliche Erkenntnisse eine unverzichtbare Grundlage, aber niemals ein Ersatz von politischer Debatte, Entscheidung und politischem Interessenausgleich. Technokratische Vorstellungen von einer Herrschaft der Expertinnen und Experten sind zutiefst undemokratisch. Wir lehnen sie ab. Vielmehr dienen wissenschaftliche Beiträge der demokratischen Aufklärung von Fakten, Optionen und Szenarien. Fortschritt entsteht gerade auch aus Widerspruch, Zweifeln und kritischer Diskussion. Deshalb müssen wir die Wissenschaften vor Vermachtung und (Selbst-)Politisierung schützen. Als Beitrag zur Versachlichung öffentlicher Meinungsbildung schlagen wir vor, Expertinnen- und Experten-Anhörungen in Parlamenten regelmäßig öffentlich zu übertragen. Das gilt auch für Anhörungen von Enquete-Kommissionen. Die Vielfalt der Beiräte in der Bundespolitik wollen wir auf den Prüfstand stellen, um sie neu und sinnvoll an Kriterien der Versachlichung, der Transparenz und der Priorität der Beratung von Parlamenten, nicht von Regierungen, ausrichten zu können. In umstrittenen Fragen sollten verstärkt Verfahren der gemeinsamen Faktenklärung („Joint Fact Finding“) durchgeführt werden.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE steht für einen fruchtbaren Austausch zwischen Wissenschaft und Politik. Wissenschaft kann und sollte jedoch keine normierende Funktion ausüben. Wissenschaftler*innen können und sollten politische Akteur*innen beraten und aktuelle Erkenntnisse zu politischen Problemstellungen liefern. Wie diese Erkenntnisse regulatorisch und politisch umgesetzt werden, bleibt aber die Aufgabe der Politik in enger Zusammenarbeit mit der Gesellschaft.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Politische Entscheidungen sollten sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren, doch Wissenschaft kann Politik nicht ersetzen. Institutionalisiert werden sollten wissenschaftliche Beratungsgremien in Krisensituationen sowie in der vorausschauenden Krisenprävention. Besonders die Pandemie hat gezeigt, dass wir eine institutionalisierte Einbeziehung der Wissenschaft in politische Prozesse brauchen. Unsere Bundestagsfraktion hat deswegen seit Juni 2020 die Einrichtung eines interdisziplinären wissenschaftlichen Pandemierates gefordert

	( <a href="https://dserver.bundestag.de/btd/19/205/1920565.pdf">https://dserver.bundestag.de/btd/19/205/1920565.pdf</a> ). Dieser hat zur Aufgabe, die Politik evidenzbasiert, aber auch dynamisch zu beraten. Im Kontext wissenschaftsgeleiteter Politik wollen wir GRÜNE wissenschaftliche Expertise früher - etwa durch „Gesetzgebungslabore“ - in die Politikentwicklung einbeziehen. In verschiedenen Themenbereichen braucht es zudem bessere Datengrundlagen, um politische Entscheidungen zu unterstützen, zu begleiten und zu evaluieren.
--	--

<b>Für wie wichtig erachten Sie die Weiterentwicklung des europäischen Forschungsraums und des europäischen Hochschulraums? Wie stehen Sie zu europäischen Austauschprogrammen für Promovierende und in welcher Form wollen Sie diese gegebenenfalls fördern?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	CDU und CSU wollen das Rahmenprogramm für „Horizont Europa“ zusammen mit dem öffentlichen und privaten Sektor so umsetzen, dass die weltweit besten und innovativsten Forscherinnen und Forscher ihre Projekte in Europa verwirklichen können. „Horizont Europa“ ist das größte und ambitionierteste Forschungsprogramm der europäischen Geschichte. Damit wurden die besten Voraussetzungen geschaffen, um exzellente Grundlagenforschung des Europäischen Forschungsrats zu unterstützen, europaweite Karrierepfade weiter zu öffnen und Forschungseinrichtungen europaweit besser zu vernetzen. Neben der weiteren Stärkung des Europäischen Hochschulraums, insbesondere mit Blick auf die Europäischen Hochschulallianzen, wollen wir den Mitteleinsatz für ErasmusPlus verdoppeln.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten wollen die existierenden exzellenten Forschungszentren in der EU stärker vernetzen. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse haben keine Staatsbürgerschaft, sondern fördern den Fortschritt überall in unserer Gesellschaft und der Welt, wenn wir sie teilen. Im Haushalt der EU soll Forschung künftig ein stärkerer Förderungsschwerpunkt sein. Außerdem soll die EU bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit der Forschungszentren verstärkt unterstützen. Zudem fordern wir die Gründung einer European Digital University (EDU). In vorrangig digitalen Lehrformaten soll diese Dachorganisation in europäischer Trägerschaft Menschen in ganz Europa einen ortsunabhängigen Zugang zu den besten Lehrangeboten ermöglichen. Wir wollen ein Europa des wissenschaftlichen Austausches schaffen. Im zunehmenden internationalen Wettbewerb können die Mitgliedstaaten der EU nur gemeinsam Spitzenreiter in Forschung und Innovation sein. Der Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern untereinander sowie mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten muss erleichtert werden. Die digitale Revolution schafft auch in der Wissenschaft neue Möglichkeiten. Auf Basis des europäischen Forschungs-Rahmen-Programms „Horizont Europa“ muss ein digitaler Austausch unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jederzeit gewährleistet werden. Hierzu gehören die dezentrale Bereitstellung von Materialien für Open Data und die digitale Durchführbarkeit von PhD- oder anderen Forschungsprojekten. In diesem digitalen europäischen Netzwerk für Wissenschaft und Forschung muss der Schutz des geistigen Eigentums gewahrt bleiben. Gleichzeitig wollen wir die Verfügbarkeit von wissenschaftlichen Ergebnissen, die mehr als 50 Prozent durch europäische Forschungsförderung finanziert wurden, durch Open Access zum Standard machen. Schutz von geistigem Eigentum und Nutzungsrechten der Forscher, Institute und forschenden Wirtschaft bleiben hiervon unberührt. Dies verbessert die stark begrenzte Verfügbarkeit, besonders die zu hohe Schwelle zwischen Wissenschaft und wirtschaftlicher Innovation und macht die europäische Forschungsförderung zu einem Beschleuniger im internationalen Wettbewerb.

<b>Die Linke</b>	DIE LINKE begrüßt die Anstrengungen der letzten Jahre, den europäischen Forschungs- und Hochschulraum zu stärken und enger zu verzahnen. Jedoch sehen wir auch grundsätzliche Fehlstellungen in bereits durchgeführten Programmphasen von Horizon 2020 und dem aktuellen Programm Horizon Europe. Im neuen Programm sollte die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Planung und Umsetzung des EU-Forschungsrahmenprogramms stärker verankert werden. Für DIE LINKE gilt es, in einem gesamtgesellschaftlichen Prozess den gesellschaftlichen Nutzen geförderter Innovationen zu ermitteln und sicherzustellen. Die Forschungsförderung sollte daher auch grundsätzlich auf die Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft und der globalen Gesundheit, konzentriert werden und nicht die ökonomischen Effekte in den Vordergrund stellen. Den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften muss ebenso wie der Grundlagenforschung mehr Förderung als bisher aus der EU-Forschungsförderung zugutekommen, da wir explizit soziale Innovationen fördern möchten. Die Exzellenz- und Eliteförderung ist zugunsten eines in der Breite verankerten europäischen Austauschs von Wissenschaftler*innen, insbesondere auch Promovierenden, und am Wissenschaftsprozess beteiligten Personen umzubauen.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	Die Weiterentwicklung des europäischen Forschungs- und Hochschulraums ist uns ein wichtiges Anliegen. Wissenschaftliche Kooperationen mit den europäischen Partnern tragen maßgeblich zur Attraktivität des deutschen Wissenschaftssystems bei. Deshalb wollen wir GRÜNE sie stärker fördern. Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik wollen wir stärker zusammen denken, um den Europäischen Forschungs- und Hochschulraum mit Leben zu füllen und zukünftigen Wohlstand zu sichern. Die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit ist zentral und wir werden Angriffen auf sie widersprechen und uns für deren Sanktionierung im Rahmen des Rechtsstaatsmechanismus einsetzen. Wir unterstützen die Aufstockung der Förderprogramme wie ERASMUS+ sowie die Stärkung der Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, um internationalen Austausch zu unterstützen. Den Austausch von Studierenden, Forscher*innen und in der beruflichen Bildung zwischen der EU und Großbritannien wollen wir auch nach dem Brexit lebendig halten.

<b>Welche weltweiten Kollaborationen im Bereich der Forschung und Hochschulbildung halten Sie für förderungswürdig?</b>	
<b>CDU/CSU</b>	Neben dem Ausbau des Europäischen Forschungs- und Hochschulraums wollen CDU und CSU vor allem die Wissenschaftsfreiheit in der internationalen Zusammenarbeit stärken. Außerdem gilt es, die wissenschaftliche Bildungs- und Forschungszusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten zu intensivieren. Dabei legen wir den Fokus auf die Qualifizierung der Menschen, um wirtschaftliche und soziale Teilhabe zu fördern sowie Zukunftsperspektiven und nachhaltige Entwicklungschancen in Afrika zu verbessern.
<b>FDP</b>	Wir Freie Demokraten fordern mehr Anstrengungen für Innovationen bei Arzneimitteln, Medizintechnik und Digitalisierung, denn das benötigen wir für ein gutes Leben und für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Sie müssen ein Schwerpunkt in der Forschungsförderung sein, mit unbürokratischer Vergabe von Fördergeldern, gerade an Start-ups.  Die Grundlagenforschung sehen wir als Basis für Innovation an. Daher wollen wir sie neben der angewandten Forschung weiter ausbauen. Zur Diversifikation unserer Innovationsstruktur müssen wir eine breit angelegte

	Grundlagenforschungsinitiative starten und neue Kompetenzen im Bereich der Spitzentechnologie aufbauen.
<b>Die Linke</b>	DIE LINKE steht für eine gemeinwohlorientierte Forschung, die Antworten auf die Fragen der großen gesellschaftlichen Herausforderungen findet. Wir begrüßen daher jede weltweite Zusammenarbeit zu Themen, die uns bei diesen Herausforderungen helfen und bei denen eine internationale Kollaboration essenziell ist. DIE LINKE möchte somit beispielhaft die Polarforschung fördern, um die globale Klimakrise besser zu verstehen, oder die Forschung im Rahmen des One-Health-Ansatzes, wie die Zoonosen-Forschung, unterstützen.
<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	In der Wissenschaft wird Internationalität seit jeher gelebt. Wissenschaftsbeziehungen knüpfen neue Verbindungen zwischen Gesellschaften, öffnen frische Denkräume, befördern Pluralismus und kreativen Austausch von Spitzenforscher*innen. Wir GRÜNE begrüßen dabei, dass viele deutsche Hochschulen Austauschpartnerschaften mit internationalen Hochschulen etabliert haben oder Forschungskollaborationen international auf- und ausbauen. Wissenschaftskooperationen, die sich mit der Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen beschäftigen, wollen wir besonders unterstützen. Dabei brauchen wir Brain Circulation in beide Richtungen, damit alle beteiligten Gesellschaften profitieren.